Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Kernige Dörfer 2017 ausgezeichnet

ASG-Positionspapier 2018:
Forderungen zur Zukunft der Förderung ländlicher Räume durch die EU

Schwerpunkt

Erfolgsfaktoren für Unternehmen im ländlichen Raum

H 20781 | 69. Jahrgang | 01/2018 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Editorial
2 LandSchau 2018: Ob GAP oder GAK, nach der Reform ist vor der Reform
- Staatliches Label „Für mehr Tierwohl“ in der Kritik
- GAK unmodern und Digitalisierung verschleppt?
- BMEL im Dialog
- Gute Ideen kopieren – Fördermöglichkeiten finden
- Vorbildliche Sturzprävention auf dem Land
- Vernetzte Regionen – vernetzte Personen
- Digitale Arbeit auf dem Land

8 ASG-Frühjahrstagung 2018:
- Brandenburg an der Havel und die Tagungsregion
- Erneuerbare Energien im ländlichen Raum – Chancen nutzen – Herausforderungen meistern

12 Kernige Dörfer 2017 ausgezeichnet
17 LEADER wichtiger denn je für Europa
20 ASG-Positionspapier 2018: Forderungen zur Zukunft der Förderung ländlicher Räume durch die EU

Agrarpolitik

22 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Totgesagte leben auch nicht ewig

Landwirtschaft

24 Stadtfarm.de: Nachhaltige, leckere Lebensmittel aus der Stadt, für die Stadt

Ländlicher Raum

26 Was zeichnet Konsument/-innen in Alternativen Lebensmittelnetzwerken aus?

Schwerpunkt Erfolgsfaktoren für Unternehmen im ländlichen Raum

30 Standortanforderungen und Erfolgsfaktoren für Unternehmen in ländlichen Räumen aus Sicht des Handwerks
33 Intelligentere Unternehmensförderung
37 Ein Jobportal für die Region: DateYourJob!
38 Unternehmensinterview: „Lampenwelt GmbH“
39 Lesetipp: Wettbewerb 2016 „Menschen und Erfolge – Ländliche Räume: produktiv und innovativ“
40 Unternehmensinterview: „gezeitenraum gbr“
42 Unternehmensinterview: „Nordseeferienhöfe Katthusen und Lafrenz“
44 Land statt Stadt: Den HEIMVORTEIL nutzen

Personalien

46 Neue Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und Amtsinhaber/-innen im Agrarbereich
46 Hubertus Paetow neuer DLG-Präsident
46 Albert Schulte to Brinke neuer Präsident Niedersächsisches Landvolk
46 Alexander Bonde neuer DBU-Generalsekretär

Lesetipps

46 Biologische Vielfalt für Ernährung, Landwirtschaft, Forst und Fischerei
47 Der landwirtschaftliche Familienbetrieb: Stärken nutzen, Herausforderungen meistern
47 Neuland gewinnen: Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten
47 Transformationsräume: Lokale Initiativen des sozial-ökologischen Wandels

Aus der Forschung

48 Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch
48 Arbeitsmarkt, Ausbildung, Migration: Perspektiven für die Landwirtschaft
48 Erprobung und Evaluierung eines neuen Verfahrens für die Bewertung und finanzielle Honorierung der Biodiversitäts-, Klima- und Wasserschutzleistungen landwirtschaftlicher Betriebe („Gemeinwohlprämie“)

Fotos Titelseite: © stockpics – Fotolia.com, © JWS – Fotolia.com. Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autor/-innen, Fotograf/-innen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Foto: J. Lehmann

Die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag das im Grundgesetz formulierte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse auf die Fahnen geschrieben. Sie will die Regionen stärken. Dazu soll eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt werden und konkrete Vorschläge erarbeiten, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz soll finanziell gestärkt und um die ländliche Entwicklung ergänzt werden, ein Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ soll geschaffen werden. Mit einem weiteren Rahmenprogramm „Innovation und Strukturwandel“ sollen strukturschwache Regionen in Deutschland, in denen es an unternehmerischer Innovationskraft fehlt, gefördert werden.

Für die Agrarsoziale Gesellschaft und alle, die sich für die Zukunft der ländlichen Räume engagieren, enthält das künftige Regierungsprogramm eine Reihe guter Ansätze. Jetzt gilt es, Taten folgen zu lassen.

Die ländlichen Räume sind Lebens- und Arbeitsraum für 47 Millionen Menschen in Deutschland. Sie sind mehr als nur Erholungs- oder Urlaubsorte für gestresste Stadtbewohner und -bewohnerinnen, sondern Wirtschaftsstandorte für Landwirtschaft, Handel und Handwerk und erfolgreiche mittelständische Unternehmen. Eine einseitige Reduzierung der ländlichen Räume auf Tristesse, Abwanderung und Schrumpfung wird ihnen ebenso wenig gerecht, wie romantisierende Vorstellungen vom beschaulichen „Landlust“-Leben im Einklang mit der Natur. Die Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen sind immens, oft größer als der „Stadt-Land-Gegensatz“. Ökonomisch prosperierende Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel finden sich ebenso wie von Abwanderung und Überalterung betroffene, periphere ländliche Gebiete. Insofern ist eine differenzierte Analyse, Strategie und Herangehensweise gefragt.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen der Arbeitsprozesse und der neuen Möglichkeiten durch die Digitalisierung können sich neue Chancen für die ländlichen Räume als attraktive Wohn- und Arbeitsorte ergeben. Wohnungsknappheit und überhitzte Immobilienmärkte in den größeren Städten bewirken ein Übriges. Mehr denn je ist aber die Versorgung mit einer flächendeckenden, leistungsfähigen digitalen Infrastruktur dafür die unbedingte Voraussetzung.

Nicht vernachlässigt werden darf der Erhalt einer öffentlichen Infrastruktur und Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Der Rückzug aus der Fläche benachteiligt kleinere Städte und Gemeinden im Wettbewerb um Unternehmen und Köpfe.

Die Landwirtschaft prägt den Kulturlandschaftsraum und ist, zusammen mit dem vor- und nachgelagerten Bereich, insbesondere in peripheren ländlichen Räumen weiterhin ein wichtiger ökonomischer Faktor. Aber die Bedeutung der Landwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in den ländlichen Regionen wird weiterhin abnehmen. Umso stärker gilt es, unternehmerische Initiativen zu unterstützen und die Vorteile, die die Strukturen in ländlichen Gemeinden bieten können, wie kürzere Wege, schnellere Entscheidungsprozesse und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt, zu nutzen.

Dieses Heft geht auf die Erfolgsfaktoren für Unternehmen im ländlichen Raum ein und stellt Ihnen einige vor. Wir danken den Autorinnen und Autoren und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Volker Bruns

Vorstandsmitglied der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und
Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), Berlin

Fotos: M. Busch

Prof. Dr. Peter Feindt, Leiter Fachgebiet Agrar- und Ernährungspolitik, Humboldt-Universität Berlin, **Dr. Robert Habeck**, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Schleswig-Holstein, **Heike Götz**, Moderatorin, **Dr. Juliane Rumpf**, Vorsitzende Agrarsoziale Gesellschaft e.V., **StS Dr. Hermann Onko Aeikens**, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, **Matthias Langemeyer**, EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft (v.l.n.r.)

LandSchau 2018:

Ob GAP oder GAK, nach der Reform ist vor der Reform

Während der Eröffnung der LandSchau bei der Internationalen Grünen Woche Berlin wurden die Vorschläge der EU-Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass die von Agrarkommissar Phil Hogan angestrebte Rückverlagerung der Gestaltung von Programmen und Regelungen auf die Mitgliedsstaaten nicht nur zu einer Entbürokratisierung, sondern auch zu einer besseren Zielerreichung beitragen könne.

„Die Bundesregierung begrüßt erstens den Vorschlag der Kommission, Verantwortlichkeiten zurückzuverlagern. Ob es ein Problem mit der Biodiversität in der Magdeburger Börde oder mit der Infrastruktur in der Altmark gibt, weiß man in der Region besser als in Brüssel. Dies ist eine gute Möglichkeit für die Länder, Politik zu betreiben. Zweitens muss nicht eine EU-Behörde die Verwendung jedes Euro kontrollieren, dafür gibt es nationale Instanzen und drittens werden die Möglichkeiten verbessert, zieladäquat zu handeln“, so StS Aeikens.

In dieser Öffnung sah Dr. Robert Habeck allerdings auch eine Gefahr: Die Kommission müsse klare Zielvorgaben für einen bestimmten Zeitraum festlegen, z. B. die Senkung der Treibhausgase oder den Erhalt einer definierten Zahl von Rote Liste-Arten, und die Zielerreichung auch kontrollieren. Im Gegensatz zu heute müssten jedoch die Landwirte einen deutlich höheren ökonomischen Vorteil erhalten, die ökologisch angepasster wirtschafteten. „Wir müssen Betriebe subventionieren, die den Menschen Heimat und der Natur Lebensraum geben“, so Habeck.

Das Festhalten der Kommission an der 1. Säule wurde von Dr. Aeikens und Dr. Juliane Rumpf begrüßt. Die Flächenzahlungen würden etwa die Hälfte der Einkommen der Landwirte ausmachen. Bei einem Wegfall werde es zu starken Verwerfungen bei der Agrarstruktur kommen und die Abwanderung in die Städte weiter zunehmen. Prof. Dr. Peter Feindt wies darauf hin, dass historisch bedingt die Direktzahlungen der 1. Säule als Ausgleich für die weggefallenen Preisstützungen an die Landwirte erfolgten. 50 % der Agrarzahlungen würden nahezu bedingungslos an die Landwirte ausgeschüttet, was heute jedoch nicht mehr gerechtfertigt sei. Feindt bezeichnete das vom Deutschen Landschaftspflegeverband entwickelte Punktesystem als eine gute Möglichkeit, die Direktzahlungen in Richtung einer Honorierung von Umweltleistungen umzugestalten (s. a. Ländlicher Raum 4/2017). Mit diesem in Schleswig-Holstein entwickelten und bereits erprobten Punktesystem könne der Umbau der Direktzahlungen allmählich erfolgen und den Landwirten die erforderliche Planungssicherheit geben, betonte auch Habeck. Zudem sei es auch relativ bürokratiearm.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium werde sich den Vorschlag genau ansehen, so StS Aeikens. Hinsichtlich der Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik plädierte er jedoch für eine „gute Kontinuität“. Bei Greening und Cross Compliance bestünden Verbesserungspotenziale; Möglichkeiten, zusätzliche Leistungen der Landwirte zu honorieren, seien innerhalb der 2. Säule vorhanden.

Die Pläne zur Kappung bzw. Degression der Direktzahlungen stellten ein weiteres Diskussionsthema dar. Schon jetzt hätten die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, die Zahlungen an die Betriebe zu begrenzen; dieses Mittel werde jedoch nur von wenigen genutzt, so Matthias Langemeyer. Es sei der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar, dass 20 % der Betriebe 80 % der Mittel erhielten. Man müsse künftig zu einer anderen Verteilung kommen und auch die Arbeitskräfte in die Kalkulation einbeziehen. Auch die Bundesregierung beabsichtige, kleine und mittlere Betriebe stärker zu fördern, betonte StS Aeikens. Er persönlich sehe auch nicht ein, dass Industrielle, die zur Vermögensdiversifizierung in landwirtschaftliche Betriebe investierten, 6- oder 7-stellige Agrarfördersummen erhielten. Dies sei hinsichtlich der Verteilungseffekte fragwürdig. Juliane Rumpf stimmte dem Vorschlag der Kommission, die Arbeitsleistung der Betriebe zu berücksichtigen, unter der Bedingung zu, dass die Arbeitsteilung zwischen Betrieben (Kooperationen, Maschinenringe, Lohnunternehmen etc.) in geeigneter Weise einbezogen werde.

Staatliches Label „Für mehr Tierwohl“ in der Kritik

Klaus Müller machte in der Diskussion deutlich, dass es vor einem Jahr eine breite Allianz gegeben habe – vom Tierschutzbund bis zum Bauernverband – welche Landwirtschaftsminister Christian Schmidt in seiner Absicht, ein staatliches Label für mehr Tierwohl zu etablieren, unterstützt hätte. Bisher seien die für den Verbraucherzentrale Bundesverband wichtigen Punkte jedoch nicht erfüllt worden: Erstens müsse ein staatliches Label anspruchsvolle Kriterien für die Tierhaltung beinhalten und zweitens mit einer Kampagne mit hohem Informationsgehalt, wie sie für das Bio-Siegel erfolgt sei, das Label bekannt gemacht werden. Thomas Schröder kritisierte insbesondere die bisher fehlenden Aussagen zu Kontrollen sowie zu Förder- und Beratungsangeboten für Betriebe. Mit finanzieller Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums sei vor 5 Jahren das Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbunds eingeführt worden, „es liegt also alles fertig in der Schublade, das staatliche Label hätte längst eingeführt werden können“. Tanja Thiele erklärte hierzu, dass die Ausarbeitung des Verordnungsentwurfes inkl. Förderung und Kontrollen weitestgehend erfolgt sei, sie allerdings Minister Schmidt bezüglich der Inhalte nicht vorgreifen könne.

Auch Jochen Dettmer bezeichnete den bisherigen Stand beim staatlichen Label als enttäuschend und nicht kompatibel mit den bisherigen privaten Labeln. Er plädierte daher für eine verpflichtende Haltungskennzeichnung, ähnlich wie bei Eiern. Private Label könnten zusätzliche Kriterien, die etwa das Management beträfen, aufstellen. Alle drei kritisierten den Ansatz der Brancheninitiative Tierwohl – einerseits wegen missverständlicher Kennzeichnung, andererseits wegen zu geringer Mindestkriterien und fehlender langfristiger Ambitionen, zu einer guten Tierhaltung zu kommen. Dr. Patrick Klein widersprach diesem Vorwurf. Das Ziel der Initiative sei kein Premiumlabel, sondern eine Möglichkeit für Landwirte, ihre Tierhaltung zu verbessern, wobei sie vom Lebensmitteleinzelhandel finanziell unterstützt würden. Für Geflügelfleisch sei gerade das Siegel, das sich auf

Klaus Müller, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband, **Thomas Schröder**, Präsident Deutscher Tierschutzbund, **Heike Götz**, Moderatorin, **Jochen Dettmer**, Vorstandssprecher Neuland, **Dr. Patrick Klein**, Pressesprecher Initiative Tierwohl, **Tanja Thiele**, Referat Tierschutz, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (v.l.n.r.)

die konkreten Haltungsbedingungen beziehe, vorgestellt worden, und bei der Beschriftung des Schweinefleischs werde darauf hingewiesen, dass mit dem Kauf eine bessere Tierhaltung finanziell unterstützt werde.

Da Haltungskennzeichnungen für Fleisch auf der europäischen Ebene nicht kurzfristig durchsetzbar seien, forderte Klaus Müller zunächst Nutztierhaltungsverordnungen mit ambitionierten Zielen für alle Nutztiere und Jochen Dettmer wies auf die schon bestehende Roadmap für eine nationale Nutztierstrategie hin: „Die Grundbedürfnisse des Tieres müssen erfüllt sein." Es sei unverständlich, so Thomas Schröder, dass Minister Schmidt im Zusammenhang mit dem geplanten Label Buchten für Schweine als essenziell wichtig bezeichne, dies jedoch nicht in den ordnungspolitischen Rahmen aufnehme.

GAK unmodern und Digitalisierung verschleppt?

Die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung" und eine deshalb erforderliche Grundgesetzänderung wurden zwar im letzten Koalitionsvertrag vereinbart, beides aber nicht realisiert. Kirsten Eickhoff-Weber erklärte dies mit dem Unwillen einiger Ministerien, ihre Budgets hierfür einzusetzen, was sie außerordentlich bedauerte. Sie stimmte mit Hans-Georg von der Marwitz überein, dass sich die nächste Koalition mit dem Thema befassen müsse. Von der Marwitz erklärte, sich eine grundsätzliche Umstrukturierung der GAK und eine Erhöhung der Mittel um weitere 500 Mio. € gewünscht zu haben.

Kirsten Eickhoff-Weber
MdL, SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Sowohl Kirsten Tackmann als auch Harald Ebner bezeichneten es als nicht zielführend, mehr Geld in ein System zu stecken, das den heutigen Aufgaben nicht mehr gewachsen sei. Trotz der Erweiterung der GAK Ende 2016 bleibe das Grundproblem der Förderstruktur bestehen; sie sei nicht flexibel genug, erklärte Harald Ebner. Er plädiere für eine Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung", die auch die kommunale Entwicklung einschließe.

Während Tackmann das Fehlen einer Strategie für die ländlichen Räume beklagte und den Fokus auf insbesondere Frauen betreffende Probleme wie zu geringe Mobilitätsangebote legte, wies Eickhoff-Weber darauf hin, dass die Herausforderungen in den ländlichen Räumen unterschiedlich seien, man könne nicht für die Nordseeküste und die schwäbische Alb dasselbe Programm auflegen.

Hans-Georg von der Marwitz
MdB, CDU/CSU Fraktion

Über die Fraktionsgrenzen hinweg bestand Einigkeit darin, dass die Breitbandversorgung in den ländlichen Räumen viel zu schleppend vorangeht: „Wir haben den Anfang verschlafen und gehofft, dass sich alles von alleine entwickelt", so von der Marwitz. Nun sei ein großer Wurf notwendig. Eickhoff-Weber bestätigte, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden seien; viele Gebiete seien gut versorgt, Probleme gäbe es aber dort, wo die Finanzierung schwierig sei. Es dürfe aber keine Rosinenpickerei betrieben werden – Digitalisierung sei Daseinsvorsorge.

Kirsten Tackmann
MdB, Die Linke

Kirsten Tackmann betonte den Versorgungsauftrag des Staates: „Wir machen uns gegenüber Ländern wie Estland lächerlich." Der Telekom sei jedoch nichts vorzuwerfen; sie sei kein gemeinnütziger Verein. Man solle nicht private Firmen in bestehenden „Wirtschaftlichkeitslücken" fördern, sondern das Breitbandnetz im Rahmen der Daseinsvorsorge von den Kommunen bereitstellen lassen, in deren Eigentum es verbleiben müsse, ergänzte Harald Ebner.

Harald Ebner
MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Eickhoff-Weber und von der Marwitz setzten sich für ein gemeinsames Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft und Ernährung ein. Eickhoff-Weber regte zusätzlich einen dem Kanzleramt zugeordneten Beauftragten für die ländlichen Räume an, der die übrigen Ministerien im Blick habe. Eine Instanz, die alle Gesetzesvorhaben und Verordnungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die ländlichen Räume prüfe, bezeichnete auch Harald Ebner

als notwendig; dies sei von der Sozialpolitik über die Beschäftigungspolitik bis zur Gesundheitspolitik angezeigt. Diese könne z. B. ein parlamentarischer Beirat sein, ein Ministerium für die ländlichen Räume stelle jedoch eine Parallelstruktur dar. Kirsten Tackmann bezeichnete es als weniger wichtig, welches Ministerium die ländlichen Räume im Namen führe, es könne bei jeder Zuordnung gute Politik gemacht werden. Die Menschen, die heute im ländlichen Raum lebten, seien nicht die, die es nicht geschafft hätten wegzugehen, sondern die, die gern bleiben wollten. Es sei deshalb falsch zu sagen, das Geld sollte dort eingesetzt werden, wo die Menschen hingehen: „Wir sollten das Geld dort einsetzen, wo die Leute bleiben wollen."

Mit der GAK befasste sich auch die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins in einer Gesprächsrunde. Ihr Vorsitzender Hermann-Josef Thoben plädierte für eine schlankere und effizientere GAK. Es gäbe viele gelungene Projekte, der Aufwand, einen förderfähigen Antrag zu schreiben, sei jedoch viel zu hoch. Eine Möglichkeit, dies zu verändern, seien Budgets für die Gemeinden, mit denen Hauptamt und Nebenamt effektiv gefördert werden könnten.

Ralf Wolkenhauer, BMEL, erläuterte, dass die Ende 2016 erfolgten Änderungen erst in der Förderung umgesetzt werden müssten. Die Kompatibilität der GAK mit der EU-Förderung (ELER) sei stark verbessert worden; auch kleine, nicht landwirtschaftliche Betriebe würden nun einbezogen und die Umnutzung bei Leerstand könne gefördert werden. Im Ministerium werde kontinuierlich an der Weiterentwicklung gearbeitet. Die GAK müsse an die Entwicklung der letzten 50 Jahre angepasst werden, forderte Carsten Hansen, Deutscher Städte und Gemeindebund. Die Ausweitung der Fördermöglichkeiten sei bisher unzureichend, zudem käme kaum ein Handwerker auf die Idee, eine Förderung beim Amt für Agrarstruktur zu beantragen. Es sei nötig, ein gemeinsames Verständnis von Gesetzgebung und Verwaltung in Bund und Ländern hinsichtlich der Modernisierung der Strukturen zu entwickeln, wofür bisher der Rahmen fehle.

BMEL im Dialog

Unter der Überschrift „BMEL im Dialog" stellte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft u. a. Projekte aus dem Modellvorhaben Land(auf)Schwung vor. Neben der finanziellen Unterstützung würden den 13 Modellregionen Vernetzungsmöglichkeiten geboten und Informationen über Projekte veröffentlicht, so Christan Rößler, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Das von Mitte 2015 bis Mitte 2018 geplante Modellvorhaben sei bis Ende 2019 verlängert worden. Eines der geförderten Projekte ist beispielsweise HEIMVORTEIL HSK (s. Artikel S. 44).

Zwischen Mai und Juli 2017 seien Zukunftswerkstätten in vier „Land(auf)Schwung-Regionen" veranstaltet worden, berichteten Bernd Schwang, Abteilungsleiter BMEL, und Sabine Wilke, Geschäftsführerin Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner. Ziel sei es gewesen, Schlüsselakteure von der Wirtschaft über die Vereine bis zu den Sozialpartnern zusammenzubringen und zu eruieren, was die Region braucht, um zukunftsfähig zu sein, und welche Strategien geeignet seien, um wirtschaftlich stärker zu werden. Trotz der Heterogenität der Regionen habe ein Konsens bestanden: „Wir wollen dabei sein bei der Digitalisierung, wir brauchen gleiche Startbedingungen wie die Stadt!" Als zweites großes Thema habe sich die Förderung und Professionalisierung der ehrenamtlichen Arbeit herausgestellt.

Über das Engagement der Ehrenamtlichen diskutierten Daniela Ruhe, Hauptgeschäftsführerin Deutscher LandFrauenverband (dlv), Tobias Müller, Bundesvorsitzender Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), und Ralf Wolkenhauer, BMEL, in einer weiteren Gesprächsrunde. Tobias Müller betonte, dass Jugendliche besonders motiviert seien, wenn sie den Eindruck hätten, etwas bewegen zu können. Die KLJB sei für viele besonders attraktiv, weil es hier keine Pflichtveranstaltungen gäbe, wie z. B. bei der Feuerwehr oder vielen Sportvereinen. Der dlv habe etwa 500 000 Mitglieder, die große Mehrheit arbeite ehrenamtlich, so Daniela Ruhe. Das Motiv sei meist die Gestaltung des eigenen Lebensraumes. Auf lokaler Ebene werde zwischen den einzelnen Verbänden gut zusammengearbeitet, wie etwa mit dem Bund der Deutschen Landjugend. Aktuell sei mit Unterstützung des BMEL die Initiative Junge LandFrauen gegründet worden. Ziel sei es, die Lebens- und Bleibeperspektiven von jungen LandFrauen zu stärken. Bedingung hierfür sei ein Arbeitsplatz. Von der Breitbandversorgung bis zum Kindergarten gäbe es jedoch weitere Voraussetzungen, die geschaffen werden müssten. Ralf Wolkenhauer betonte den hohen Stellenwert der ehrenamtlichen Arbeit in den Dörfern. Daher sei es wichtig, die entsprechenden Strukturen zu stützen und gemeinsam Rezepte zu entwickeln, wie das Ehrenamt gefördert werden könne.

Petra Schwarz, Moderatorin, **Ralf Gebken**, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Nicola Wilkens-Kaspar**, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, **Uwe-Heinz Bendig**, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (v.l.n.r.)

Gute Ideen kopieren – Fördermöglichkeiten finden

Nicola Wilkens-Kaspar, Ralf Gebken und Uwe-Heinz Bendig, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, stellten gemeinsam das Projektnetzwerk LR Niedersachsen vor. In der interaktiven Datenbank für die ländlichen Räume mit Schwerpunkt Daseinsvorsorge, die im November 2017 freigeschaltet wurde, finden sich zahlreiche Best-Practice-Beispiele mit Ansprechpartnern in den niedersächsischen Kommunen. Die Suche kann thematisch und räumlich oder nach Problemstellungen, Zielgruppe oder Projektträger eingegrenzt werden. Die Datenbasis bilden Projekte, die im Rahmen des „Zukunftsforums Niedersachsen“, der Initiative „Gemeinde 5.0“ und des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ ausgezeichnet wurden, weitere Projekte werden fortlaufend ergänzt. Ralf Gebken wies auch auf die ergänzende IMPULS-Moderation hin, die vom Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium finanziell gefördert und vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund administriert werde. Dies sei ein bedarfsorientiertes Angebot für Kommunen, die neue Ideen und Perspektiven entwickeln wollten.

Vorbildliche Sturzprävention auf dem Land

„Trittsicher durchs Leben“ heißt ein Gesundheitsangebot der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), das in Kooperation mit dem dlv, dem Robert-Bosch-Krankenhaus Stuttgart (RBK) und dem Deutschen Turner-Bund (DTB) entwickelt wurde. Seit 2015 werden in 50 ländlichen Pilotregionen Bewegungskurse für Senior/-innen zur Sturzprävention angeboten und hierzu Versicherte mit einem erhöhten Sturzrisiko eingeladen. Zusätzlich werden bei einem erhöhten Osteoporose-Risiko kostenlose Knochendichte-Messungen angeboten. Dieser „Case Finding“-Ansatz im Zusammenhang mit Sturzgeschehen und Knochengesundheit ist in Deutschland neu. Die Kurse werden von den ortsansässigen LandFrauen organisiert und von speziell fortgebildeten Übungsleiter/-innen durchgeführt. Sie sollen älteren Menschen dauerhaft ermöglichen, auch im höheren Lebensalter selbständig und mobil zu bleiben. Bisher haben 20 000 Menschen an den Kursen teilgenommen, die wissenschaftliche Begleitung hat ergeben, dass das Sturzrisiko um bis zu 30 % gesenkt werden konnte. Da die SVLFG Berufsgenossenschaft, Krankenversi-

Reinhold Knittel, Mitglied der Geschäftsführung, SVLFG, **Daniel Stöger**, „Trittsicher“-Kampagnenleiter, SVLFG, **Petra Schwarz**, Moderatorin, **Martin Empl**, Vorstandsvorsitzender, SVLFG, **Walter Heidl**, Alternierender Vorstandsvorsitzender, SVLFG (v.l.n.r.)

Steffi Möller, Regionalmanagerin, LAG Klosterbezirk Altzella, **Jan Hanisch**, Referent, Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG), **Anja Helbig**, Nestbau-Zentrale Mittelsachsen (v.l.n.r.)

cherung und Rentenversicherung unter einem Dach vereine, würden Synergien genutzt: „Prävention ist unsere Königsdisziplin“, so Martin Empl, Vorstandsvorsitzender der SVLFG.

Vernetzte Regionen – vernetzte Personen

Die Nestbau-Zentrale Mittelsachsen unterstütze Menschen, die in Mittelsachsen bleiben oder zurückkommen möchten, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, einer Wohnung und/oder einem Kindergarten. Die Zielgruppe seien Menschen zwischen 25 und 40 Jahre, die eine Familie gründen wollten, erläuterte Anja Helbig. Am Beispiel dieses Projekts werde deutlich, wie wichtig Vernetzungen seien, so Steffi Möller. Das Konzept sei mit Hilfe mehrerer LEADER-Manager im Landkreis Mittelsachsen entwickelt worden, die Förderung erfolge heute im Rahmen der Land(auf)Schwung-Modellregion Mittelsachsen. Geplant sei, die Nestbau-Zentrale über den Förderzeitraum hinaus im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landkreises Mittelsachsen zu erhalten.

Neben der Vernetzung spielten Kooperationsprojekte – ob mit anderen LEADER-Regionen oder zwischen Schulen und Unternehmen – und die Bündelung von Interessen eine wichtige Rolle bei der ländlichen Entwicklung, so Möller. Deshalb hätten Regionalmanager/-innen von LEADER-Regionen 2016 die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) gegründet. 320 LEADER-Regionen gebe es in Deutschland, deren Interessen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene vertreten werden müssten, erläuterte Jan Hanisch. So sei es bereits gelungen, der EU-Kommission die Anliegen der Mitglieder darzulegen, wozu u. a. der Hauptkritikpunkt der Aktiven, das Überhandnehmen der Bürokratie, gehöre.

Digitale Arbeit auf dem Land

Auf dem zu Bad Belzig gehörenden Gutshof Glien in Brandenburg ist ein neuer Ort für digitale Arbeit auf dem Land entstanden: Coconat – a workation retreat. Das Kunstwort workation solle nicht bedeuten, dass im Urlaub gearbeitet werde, so Janosch Dietrich, einer der Gründer von Coconat, sondern, dass sich die Arbeit wie Urlaub anfühlen solle. Geboten werden schnelles Internet, Arbeitsplätze drinnen und draußen, schöne Orte zum Austausch, eine Gemeinschaft und leckere Verpflegung. Ein ähnliches Konzept verfolgt Terezas in Lunow-Stolzenhagen. Das Gästehaus ist speziell auf Gäste ausgerichtet, die in ruhiger und entspannter Atmosphäre arbeiten wollen. Ob Drehbuch oder Graphik-Design, in einer Werkstatt können auch, ganz praktisch, Modelle gebaut werden. Jörg Bodemann, Terezas berichtete, dass die Idee eines Coworking-Space schon 2003 entwickelt worden sei, die Realisierung aber erst mit dem Breitbandanschluss vor

Julia Paaß, Hof Prädikow – die Zukunft des Landlebens, **Jörg Bodemann**, Terezas auf Gut Stolzenhagen, **Janosch Dietrich**, Coconat – a workation retreat (v.l.n.r.)

Die Vorzüge des Genusses von heimischem Wildfleisch erläuterte Ulrike Höfken, Staatsministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit dem Deutschen Jagdverband. Neben dem guten Geschmack und wertvollen Inhaltsstoffen sei auch die artgerechte „Haltung“ garantiert. Zudem sei ohne die Jagd keine naturnahe Waldbewirtschaftung mit Naturverjüngung realisierbar, da der Verbiss durch Wild die jungen Bäume sonst zu stark schädige. In den heutigen Kulturlandschaften sei Jagd eine ökologische Notwendigkeit. Höfken wies auch auf die erfolgreiche Entwicklung des Ökolandbaus in Rheinland-Pfalz hin. Seit 2010 seien die ökologisch bewirtschafteten Flächen um 68 % gewachsen. Dies sei jedoch wegen der stark gestiegenen Nachfrage nicht ausreichend. Die Umstellung wäre aber für die Bauern und Bäuerinnen nicht immer einfach. Der 2017 für Rheinland-Pfalz beschlossene Öko-Aktionsplan werde 2018 mit allen Akteuren gemeinsam umgesetzt. Er habe zum Ziel, die Betriebe mit Hilfe von Erzeugerzusammenschlüssen, Regionalvermarktung, Beratung sowie Aus- und Weiterbildung künftig zu unterstützen.

anderthalb Jahren erfolgen konnte. Während Coconat und Terezas auf eher kurze Arbeitsaufenthalte abzielen, verfolgt das Projekt auf Gut Prädikow, dem größten Vierseithof Brandenburgs, einen umfassenderen Ansatz. Der Hof soll zum dauerhaften Lebensort von etwa 40 Erwachsenen und 20 Kindern werden und Arbeitsmöglichkeiten für die Hofbewohner und für Menschen aus der Region bieten. Den Projekten sei gemeinsam, dass sie eine Gemeinschaft anböten. Dies sei, neben dem schnellen Internet, die Bedingung, um die Zielgruppen zum Arbeiten aufs Land zu locken, so die Beteiligten. ■ ba

ASG-Frühjahrstagung 2018:

Brandenburg an der Havel und die Tagungsregion

Zwischen Potsdam und der Einmündung der Havel in die Elbe gelegen, ist Brandenburg an der Havel in besonderem Maß vom Wasser geprägt. Der Fluss verbindet die drei historischen Inselstädte Altstadt, Neustadt und Dominsel und schlängelt sich an über 400 historischen Baudenkmälern vorbei. Die mit knapp 72 000 Einwohner/-innen drittgrößte Stadt Brandenburgs wird wegen ihrer über 1 000-jährigen Geschichte auch als „Wiege der Mark“ bezeichnet; heute gehört sie zum Agglomerationsraum des etwa 70 km entfernten Berlins und ist das Zentrum der Wirtschaftsregion Westbrandenburg. Gemeinsam mit den Kreisen Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der Stadt Potsdam gehört die Stadt zur Region Havelland-Fläming.

Lange Geschichte und beeindruckende Baukunst

Die erste Erwähnung Brandenburgs erfolgte Mitte des 10. Jahrhunderts – als Ort der Gründung des Bischofssitzes ist von der „civitate Brendanburg“ die Rede. Nach dem Tod des letzten Slawenfürsten Pribislaw übernahm 1157 Albrecht der Bär die Macht und nannte sich fortan „Markgraf von Brandenburg“. In den folgenden 150 Jahren erfolgten der Bau des Brandenburger Domes auf der Dominsel, der „alten Stadt Brandenburg“ auf der westlichen (Altstadt) und der „neuen Stadt Brandenburg“ auf der östlichen Havelseite (Neustadt). 1314/15 traten beide Städte der Hanse bei. 1715 wurden sie durch König Friedrich Wilhelm I. vereinigt und die Domgemeinde erst 1929, anlässlich der Tausendjahrfeier, der Stadt angegliedert.

1990 wurde mit der Sanierung der historischen Stadtkerne im Rahmen des Modellstadt-Programms begonnen. Zu den bekanntesten Baudenkmälern der Stadt gehören der Dom und das St. Paulikloster. Brandenburg an der Havel ist Mitglied der Europäischen Route der Backsteingotik und verfügt über ein bedeutendes Ensemble von mittelalterlicher Kunst und Baukunst.

Vertreter der Brandenburger Industriegeschichte sind die Mühlengebäude am Dom, die 1871 gegründeten, ehemaligen Brennabor-Werke, die erst Kinderwagen und Fahrräder und später Autos produzierten, und die ehemalige Spielwarenfabrik Ernst-Paul Lehmann. Der Siemens-Martin-Ofen, der in den 1860er Jahren die Stahlerzeugung revolutionierte, ist im heutigen Industriemuseum zu besichtigen. Inmitten Europas größtem zusammenhängendem Wassersportrevier gelegen, verfügt die Stadt auch über einen Lebensmittelmarkt mit Anlegesteg.

Wirtschaftlicher und demografischer Wiederaufschwung

Brandenburg an der Havel war bis zum Ende der DDR durch Schwerindustrie geprägt. Das Stahl- und Walzwerk Branden-

burg war der größte Arbeitgeber und erzeugte mit gut 10 000 Beschäftigten bis zu 2,3 Mio. t Rohstahl und über 1 Mio. t Walzwerkerzeugnisse jährlich. Damit war es der größte Rohstahlproduzent in der DDR. Wegen des hohen Bedarfs an Arbeitskräften hatte sich die Einwohnerzahl der Stadt bis 1988 auf fast 95 000 Einwohner erhöht.

Durch die weitgehende Deindustrialisierung nach 1990 sind nur noch wenige Betriebe der Stahlbranche erhalten und die Bevölkerungszahl sank um ca. 30 % und hat sich heute bei ca. 72 000 Einwohner/-innen stabilisiert. Der umgebende Landkreis Potsdam-Mittelmark und der nördliche Landkreis Havelland profitierten in ihrer demografischen Entwicklung von der Nähe zu Berlin, ihre Bevölkerung nahm seit 1989 zu. Allerdings konzentrierte sich der Bevölkerungszuwachs auf die an die Hauptstadt angrenzenden Gemeinden.

Wichtige Unternehmen in Brandenburg an der Havel sind heute z. B. die Heidelberger Druckmaschinen AG und die Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH. Die Wirtschaftsregion Westbrandenburg ist insbesondere von Unternehmen der Metallverarbeitung, Schienenverkehrstechnik und der Optik geprägt. Als einer der 15 regionalen Wachstumskerne in Brandenburg bestehen hier besondere Fördermöglichkeiten für bestimmte Zukunftsbranchen.

Abwechslungsreiche Kulturlandschaft

Der Landkreis Potsdam-Mittelmark umgibt die Stadt Brandenburg an der Havel fast vollständig. Die Osthavelniederung, der Fläming, die Hochflächen der Zauche sowie das Baruther Urstromtal prägen die Landschaft. Drei Naturparks liegen ganz oder teilweise im Landkreis, der Naturpark Hoher Fläming, der Naturpark Nuthe-Nieplitz und der Naturpark Westhavelland. Etwa 45 % der Kreisfläche liegt in Landschaftsschutzgebieten, etwas mehr als 40 % sind bewaldet und auf fast der Hälfte der Fläche wird – auf oft kargen Ackerböden und moorigen Standorten – Landwirtschaft betrieben.

St. Paulikloster

Im nördlichen Teil des Landkreises Potsdam-Mittelmark – zwischen Werder und Brandenburg an der Havel – und damit noch zum historischen Havelland gehörig, befinden sich größere zusammenhängende Obstbaugebiete, auch Sanddorn wird hier kommerziell angebaut. Die Verarbeitung zu Säften und Obstkonserven findet meist vor Ort statt. Auf dem Werderaner Wachtelberg wachsen auf 5 ha Weinreben, aus denen der nördlichste Qualitätswein Deutschlands gekeltert wird. Die südlich anschließende Region um Beelitz wurde durch den Beelitzer Spargel bekannt. Auch der Anbau nachwachsender Rohstoffe und die Erzeugung erneuerbarer Energien gehören zur zukunftsorientierten Landwirtschaft der Region. Im Norden der Stadt Brandenburg an der Havel schließt sich der Landkreis Havelland an, der weite Teile der historischen Landschaft Havelland umfasst.

Natur im touristischen Fokus

Als Naherholungsgebiet von Berlin spielt der Tourismus im Havelland eine zunehmende Rolle. Schwerpunkte des touristischen Marketings sind Angebote am und im Wasser, ob Schiff-

Rathaus

Hausboote auf der Havel

Schloss Ribbeck

oder Bootsfahrten, Baden oder Angeln sowie Ausflugstipps für Radfahrer. Viele markierte Radwege durchziehen die Naturschutzgebiete des Havellands oder leiten zu Schlössern und Herrenhäuser, wie zu dem durch Fontane bekannten Schloss Ribbeck.

Erhalt historischer Bausubstanz durch LEADER

Der Erhalt und die Nutzung historischer Bausubstanz stellen in Brandenburg weiterhin eine große Herausforderung dar. Im ländlichen Raum werden Projekte, die neue Nutzungsmöglichkeiten eröffnen, häufig im Rahmen von LEADER entwickelt. So wurden beispielsweise in Ribbeck die Ortsentwicklung und die Sanierung des Schlosses durch LEADER gefördert und die Sanierung des Elisabethhauses zur Nutzung als zentraler Veranstaltungsort auf dem Klostergelände in Lehnin erfolgt in der laufenden Förderperiode. Im Vergleich der Bundesländer (ELER-Förderperiode 2014 – 2020) setzt Brandenburg mit 26 % der Mittel aus der 2. Säule (nach Sachsen mit 40 %), den zweithöchsten Anteil für LEADER-Projekte ein. Bei allen anderen Bundesländern liegt der entsprechende Anteil zwischen 6 und 13 % der ELER-Mittel.

Brandenburg und das Tagungsthema „erneuerbare Energien im ländlichen Raum“

Durch den frühen Ausbau der Windenergie konnte sich das Land Brandenburg beim Anteil der regenerativen Energien am Strommix im Bundesvergleich an die Spitze setzen, 2015 betrug dieser Anteil 77 % (Bundesdurchschnitt 26 %). Auch beim Anteil der Erneuerbaren am Primärenergieverbrauch liegt Brandenburg mit 20,4 % auf dem dritten Platz unter den Bundesländern (2014, Bundesdurchschnitt 11,5 %). Werden jedoch die CO_2-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch pro Kopf betrachtet, nahm das Land 2014 mit 22,8 t den letzten Platz ein (Bundesdurchschnitt 9,2 t). Ursächlich hierfür ist das Festhalten am Braunkohleabbau im Spreewald und in der Lausitz, das mit dem Hinweis auf Arbeitsplätze und fehlende Speichertechnologien begründet wird. ba

Erzeugung regenerativer Energien im ländlichen Raum

ASG-Frühjahrstagung 2018:

Erneuerbare Energien im ländlichen Raum

Chancen nutzen – Herausforderungen meistern

Mittwoch, 23. Mai 2018

8.30 Uhr Stadtrundgang oder Führung durch das Archäologische Landesmuseum Brandenburg

10.40 bis 17.30 Uhr Vortragstagung zu folgenden Themen

- Perspektiven der Energiewende
- Ländliche Räume als Gewinner der Energiewende?
  Was müsste sich ändern, damit Menschen, KMU und Kommunen stärker profitieren?
- Ausbau erneuerbarer Energien in Dänemark
- Rückenwind für die Energiewende! Kernforderungen der Umweltverbände
- Forderungen und Positionen des Mittelstands
- Diskussion: Energiewende in ländlichen Räumen – jetzt!
  Herausforderungen, Lösungsansätze und notwendige Impulse

19.00 Uhr Empfang der Brandenburgischen Landesregierung

Begrüßung durch Jörg Vogelsänger, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg

Donnerstag, 24. Mai 2018

8.00 Uhr Fachexkursionen

Exkursion A: Regenerative Energien in der Landwirtschaft und Entwicklung historischer Bausubstanz im Havelland

- Agro-Farm GmbH Nauen: besucheroffener Marktfruchtbetrieb mit Erzeugung regenerativer Energien und Rohstoffe; Zusammenarbeit mit Bayer CropScience Deutschland zu Fragen der nachhaltigen Landnutzung
- Schloss Ribbeck: vom Gutshof zum Kultur- und Tourismuszentrum
- Landgut Stober, Groß Behnitz: ehemaliges, denkmalgeschütztes Landgut der Familie Borsig, jetzt hochwertige Kultur- und Eventlocation mit Biohotel“
- Paretz: Entwicklung einer im denkmalgeschützten Dorfensemble gelegenen Gutsscheune als Dorf-Kulturscheune
- Innenentwicklung in der Stadt Ketzin/Havel: Gestaltung einer „Neuen Mitte“ aus einem denkmalgeschützten Gutshof

Exkursion B: Bürgerprojekte zur Erzeugung regenerativer Energien, Gebäudeumnutzung und Landwirtschaft im Hohen Fläming

- Privat-Brauerei in Schmerzke: Neuentwicklung eines regionalen, handwerklichen Produkts und Förderung einer Dorfgemeinschaft durch unternehmerische Aktivitäten
- Kloster Lehnin: aktuelle und zukünftige Nutzung des historischen Ambientes
- Erzeugung regenerativer Energien mit regionalem Nutzen durch eine Bürgerenergiegenossenschaft
- Umsetzung eines Windparks mit hoher Bürgerbeteiligung
- Start-up Coconat: Umnutzung des Gutshofs Klein Glien als Coworking-Space
- Mittelalterliche Burg Rabenstein: gelungenes Beispiel für ländliche Tourismusentwicklung im Hohen Fläming
- Agrargenossenschaft Hoher Fläming eG Rädigke – Niemegk: Marktfruchtanbau, Milchwirtschaft, Sauenhaltung; Erzeugung regenerativer Energien und Rohstoffe; Ölmühle mit Vermarktung von Rapsöl als regionaler Sympathieträger

Beide Exkursionen zeigen Projekte, die mit Mitteln der ländlichen Entwicklung (LEADER oder ILE) gefördert wurden.

Das vollständige Tagungsprogramm und Online-Anmeldung im Internet unter www.asg-goe.de

LAND BRANDENBURG
Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Kernige Dörfer 2017 ausgezeichnet

Auch 2017 hat die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) den bundesweiten Wettbewerb "Kerniges Dorf!", wie bereits in den Jahren 2013 und 2015, gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), fachlich koordiniert und durchgeführt. Der Wettbewerbsdurchlauf 2017 war eingebunden in das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung, mit dem innovative Ansätze in der ländlichen Entwicklung erprobt und gefördert werden.

Warum ein Wettbewerb "Kerniges Dorf!"?

In vielen Regionen hat sich besonders das Bild der Ortskerne verändert. Daher richten sich vielfältige Aktivitäten und kreatives Engagement auf deren Gestaltung. Auch das Thema Flächensparen gehen nicht nur Dörfer in Regionen mit Siedlungsdruck aktiv an. Gefragt sind Lösungen, um auch im Ortskern bauen und nach innen wachsen zu können. Hier setzt der Wettbewerb an und prämiert gezielt Maßnahmen, mit denen die Ortsmitte neu gestaltet und wiederbelebt wird, z. B. durch neu genutzte, bislang leerstehende Gebäude, neu angelegte Plätze und (wieder) begrünte Flächen oder durch Dorfläden und Gemeinschaftseinrichtungen. Ziel war es, herausragende Beispiele für die Innenentwicklung in Dörfern und ihre Umsetzung zu identifizieren, die anderen Gemeinden Orientierung und Ideen geben. Ein besonderer Fokus lag im Wettbewerbsjahr 2017 auf der Flächeninanspruchnahme. Dabei ging es um Möglichkeiten, nachzuverdichten und freie Flächen in der Ortsmitte zu aktivieren oder durch einen mutigen Abriss zu gewinnen und um die dafür eingesetzten Instrumente (z. B. Flächenmanagement).

Vom 7. Februar bis zum 31. Mai 2017 konnten sich Orte und Gemeinden mit bis zu 3 000 Einwohnern/-innen mit einem Teilnahmebogen, der u. a. die Einwohnerzahl, den kommunalpolitischen Status, Bevölkerungs- und Leerstandsentwicklung erfasste, bewerben. Möglich waren dabei auch Bewerbungen im Verbund mehrerer Dörfer oder beispielsweise einer gesamten Verbandsgemeinde. Vor allem sollten die Ziele, Konzepte und Maßnahmen zur Dorf- und Innenentwicklung sowie die Art und die Intensität der Bevölkerungsbeteiligung dargestellt werden.

Vom kleinsten Dorf mit 21 Einwohnern/-innen bis zum größten Dorf mit 2 883 Einwohnern/-innen waren Orte aus allen Flächenbundesländern im Wettbewerb vertreten, darunter vor allem Dörfer mit ehrenamtlicher Vertretung. Die meisten Bewerbungen kamen aus Bayern, gefolgt von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Insgesamt gingen 99 Bewerbungen von 147 Dörfern ein, von denen 22 als Finalisten ausgewählt wurden. In dem Auswahlverfahren wurden die Bewerberdörfer in fünf Kategorien unterteilt, um, ausgehend von ihrer Einwohnerzahl, die unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen Siedlungsdruck und Abwanderung, Verwaltungshoheit und Ehrenamt zu berücksichtigen. Des Weiteren bewertete die ASG die Angaben zu den Konzepten und Maßnahmen anhand von vier Kriterien. Zentrales Kriterium war, inwieweit eine Ausrichtung auf das ganze Dorf sowie der nachhaltige Umgang mit Flächen und Gebäuden zu erkennen war. Geprüft wurde außerdem, wie weit sich die Maßnahmen und Projekte bereits in der Umsetzung befanden sowie die Art und Weise der aktiven Einbindung der Bevölkerung. Das Kriterium Innovation diente dazu, im Vergleich der Bewerberdörfer untereinander besondere bzw. einzigartige Ideen zum Thema sowie Maßnahmen mit Vorbildcharakter für andere Dörfer zu bewerten.

Individuelle Strategien und große Bandbreite an Maßnahmen

Die teilnehmenden Gemeinden spiegeln das Spektrum der dörflichen Entwicklung wider. Manche konzentrierten ihr Engagement auf einen Zielbereich, wie die Daseinsvorsorge in der Ortsmitte, und eine Kernmaßnahme, wie z. B. eine Gemeinschaftseinrichtung oder einen zentralen Platz. Andere Dörfer haben sich mit Maßnahmen zum Flächen- oder Leerstandsmanagement beworben. Deutlich wurde, wie stark der Umgang mit Leerstand, die Gestaltung der Ortsmitte und der Erhalt ortstypischer Gebäude die Zukunftsstrategien der Orte bestimmen und in Konzepte zur Dorfentwicklung einfließen. In vielen Dörfern gehen die Anstrengungen für die Belebung der Ortsmitte mit Maßnahmen zur Daseinsvorsorge und für ein altersgerechtes Wohnen einher und weisen somit auf die zunehmende Bedeutung dieser Themen hin. Vielfältige Ansätze dafür identifizierte bereits der Wettbewerb 2015.

Bei allen 22 Finalisten der Wettbewerbsrunde 2017 (siehe Karte) beeindruckte die große Kreativität und Bandbreite der umgesetzten Maßnahmen. Wie in den Vorjahren bestätigte sich dabei ein zentrales Ergebnis: Das Thema Innenentwicklung ist angekommen – und: Es braucht individuelle Strategien, es gibt kein Patentrezept.

Die Aufgabe, aus den fünf Kategorien jeweils einen Sieger zu bestimmen, übernahm wieder eine fünfköpfige Jury, bestehend aus Fachleuten der Dorfentwicklung aus Wissenschaft, Praxis und Politik. Bei Bereisungen machten sich ihre Mitglieder vor Ort ein Bild von den 22 Finalisten. Die Siegerdörfer der fünf Kategorien überzeugten die Jury besonders mit passgenauen Lösungen für ihre jeweiligen Entwicklungsanforderungen und mit dem großen Engagement der beteiligten Bürger/-innen.

Störmede

In dem westfälischen Ort greifen viele Maßnahmen in zentralen Handlungsfeldern der Dorfentwicklung wie Mobilität und Klimawandel, Natur und Kultur, Wohnen sowie Nahversorgung und Integration ineinander und tragen so zu einer belebten Ortsmitte bei. Ein übergeordneter Dorfverein koordiniert das breite Engagement der Bevölkerung und führt es für die Dorfentwicklung zusammen.

Brachwitz

Die Gemeinde mit dem Ortsteil Friedrichsschwerz hat im Rahmen eines Dorfentwicklungsplans historische Gebäude mit einer zukunftsfähigen Nachnutzung verbunden und mit neu gestalteten Plätzen, Straßen und Wegen sowie Grünflächen die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte verbessert. Das Engagement aus der Bevölkerung und einzelner Wirtschaftsakteure setzt wichtige Impulse und führt den eingeschlagenen Weg für eine zukunftsfähige Entwicklung weiter.

Nebelschütz

Das kleine Dorf im sorbisch-sprachigen Teil der Oberlausitz hat seine Ortsmitte durch Gemeinschaftseinrichtungen und neu gestaltete Grünflächen nachhaltig entwickelt. Durch die Verbindung von öffentlichem und privatem Engagement bleiben Traditionen, z. B. der Baukultur und der Sprache, für die Zukunft bewahrt.

Dorfbuskonzept in Störmede im Handlungsfeld Mobilität setzt auf E-Mobilität.

In Brachwitz wurde ein ehemaliges Domänengebäude für die Kita umgenutzt.

Auch bei Neubauten setzt Nebelschütz auf historische Baukultur.

Mückeln

Das sog. „Dorf der Brunnen“ liegt am Pulvermaar, einer mit Wasser gefüllten trichterförmigen Mulde vulkanischen Ursprungs. Das kleine Dorf hat die Entwicklung der Ortsmitte und die Vermeidung von Leerstand in den Mittelpunkt seines Engagements gestellt. Dazu findet eine enge Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde statt. Auf der Grundlage von jährlichen Leerstands- und Flächenerhebungen konnten in der Ortsmitte durch persönliche Ansprache der Eigentümer und vielfältiges Engagement Flächen bebaut sowie leerstehende Gebäude umgenutzt und erhalten werden.

Weyarn

Die Gemeinde im Einzugsgebiet von München setzt trotz Zuzugsdruck auf Innenentwicklung und hat sich konsequent dafür entschieden, Flächen in Ortslage für die Nachverdichtung zu nutzen. In der Ortsmitte wurde neuer Wohnraum für Familien sowie für ein lebenslanges Wohnen im Alter geschaffen. Der langfristige Prozess der Dorf- und Innenentwicklung basiert auf einer institutionalisierten und strukturierten Bürgerbeteiligung.

Angesichts der hohen Qualität der Bewerbungen hat sich die Jury 2017 erstmals dafür entschieden, Sonderpreise zu vergeben. Sonderpreise erhielten:

Stotel für die Schaffung einer sozialen Mitte als Reaktion auf einen städtebaulichen Missstand. Hier stellte es eine besondere Herausforderung dar, einen gemeinsamen Weg für das ursprüngliche Haufendorf und den in den 1970er Jahren als Trabantenstadt neu entstandenen Ortsteil „Hohes Feld“ zu finden. Mit einem eigenen Quartierskonzept setzte ein Entwicklungsprozess ein, in dessen Verlauf ein attraktives Wohnumfeld geschaffen wurde.

Breetz für die Wiederbelebung eines kleinen Dorfes, dem der komplette Leerstand drohte. Das ursprüngliche Bauerndorf stand nach der Wende vor der Situation, dass durch Leerstand vieler Gebäude der Fortbestand des gesamten Ortes bedroht war. Durch private Initiative setzte eine touristische Entwicklung, verbunden mit einer Sanierung der baufälligen Gebäude, ein.

Dudensen für die Ortskerngestaltung, getragen von einer Verantwortungsgemeinschaft aus der Mitte der Bevölkerung. Das kleine Dorf ist Teil des kommunalen Verbands Mühlenfelder Land und entwickelte ausgehend von dem Motto „Dudensen – ein Stück Natur“ eine strukturierte Dorfinnenentwicklung mit dem Leitbild „Erhalten und bewahren“.

Markt Wiesenttal für die gelungene Innenentwicklung kombiniert mit der Anpassung an einen zeitgemäßen Tourismus. Die beiden Ortsteile Muggendorf und Streitberg sind die ältesten Luftkurorte in der Region. Hier hat der Markt Maßnahmen der Innenentwicklung und Daseinsvorsorge mit touristischen Maßnahmen im Naturpark verbunden.

Schweinsdorf für die langfristige Umsetzung von Innenentwicklungskonzepten mit dem Leitsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. In Schweinsdorf gilt der Grundsatz, keine neuen Baugebiete auszuweisen, schon seit 2006 und wird mit dem Zukunftsplan Innenentwicklung Schweinsdorf sowie der Vision Schweinsdorf 2015 „Schweinsdorf vital“ umgesetzt.

Handlungsfelder und Ansatzpunkte für Innenentwicklung

Im Umgang mit Leerstand zeigten alle Finalisten kontinuierliche Bemühungen und z. T. langen Atem

Erhalt ortsbildprägender Bausubstanz durch Umnutzung in Mückeln

Umgang mit Zuzugsdruck: Neues Wohngebiet in der Ortsmitte von Weyarn

wie beispielsweise in Schweinsdorf oder Neddenaverbergen, wo alle Umnutzungsmaßnahmen zum Erhalt der großen Hofstellen auf einem Gebäudekataster aus den 1980er Jahren basieren. Auch in Neuenbrook, Breetz, Stotel, Störmede oder Mückeln wurden ortsbildprägende Gebäude im Ortskern saniert, umgenutzt und, wie z. B. in Mauerstetten, mit moderner Architektur kombiniert. Einige Finalisten regeln den Einsatz regionstypischer Bauweisen und -materialien mit Gestaltungssatzungen. Eine große Rolle spielten überall Fördermaßnahmen der ländlichen Entwicklung, die die bauliche Gestaltung der Ortsmitte und die Dorfentwicklung begleiteten und u. a. in Remplin und Schweinsdorf in Verbindung mit Flurbereinigungsmaßnahmen genutzt wurden, um Grundstücksgrenzen und Flächenzuschnitte neu zu regeln. Eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit der Verwaltung auf Gemeinde- und Kreisebene war hierbei von großer Bedeutung.

Auch um Infrastruktur sowie um Versorgungs- und Gemeinschaftseinrichtungen für das soziale Leben kümmerten sich die Finalisten. Hier haben z. B. neu gegründete Dorfläden wie in Greimersburg und Störmede oder neue Mehrgenerationentreffs wie in Wallmerod oder die in ökologischer Bauweise errichtete Kindertagesstätte in Nebelschütz zu einer verbesserten Situation beigetragen. In Neuenbrook und Rohrbach bildete sich um neu geschaffene, multifunktionale Gemeinschaftseinrichtungen eine neue Ortsmitte. Viele Finalisten verfolgen Maßnahmen für die Einrichtung von seniorengerechten Wohnmöglichkeiten oder entwickeln Konzepte für ein lebenslanges Wohnen im Dorf (z. B. Greimersburg, Störmede, Ursensollen und Weyarn).

Unter dem Stichwort Nachverdichtung wurden von den Finalisten freie Flächen in der Ortslage für eine Bebauung herangezogen, wie z. B. in Weyarn. Einige haben auch mutige Abrissmaßnahmen durchgeführt, um neue Flächen als Baugrundstücke zu gewinnen (z. B. in Oberstadtfeld), aber auch, um Plätze und mehr Freiraum zu schaffen (z. B. in Zell, Remplin und Rattenbach). Als wesentliches Instrument der Innenentwicklung führten z. B. Oberstadtfeld, Mückeln und Rohrbach ein Flächen- und Gebäudemanagement ein und aktivierten meist über persönliche Ansprache der Eigentümer das Gebäude- und Flächenpotenzial des Ortes. Finanziert und personell ausgestattet wurden die Managements entweder im Rahmen der Dorferneuerung oder durch eigene Projekte. Innenentwicklung braucht – darauf weisen die Finalistendörfer hin – personelle und finanzielle Ressourcen. Dies gilt auch mit Blick auf die Handlungsfähigkeit der Gemeinden selbst, gegebenenfalls leerstehende Gebäude und freie

Erhalt der historischen Hofstellen in Neddenaverbergen

Dorfläden wie in Greimersburg beleben die Ortsmitte.

Neugestaltete Grünanlage in der Ortsmitte von Ursensollen

Nach Abriss neu gestaltete Ortsmitte in Rattenbach

Flächen zu erwerben. Viele der Finalisten haben so agiert, u. a. Rohrbach, Oberstadtfeld, Schweinsdorf, Ursensollen, und konnten durch den Erwerb die Entwicklung im Ortskern steuern. In allen Finalistendörfern war die Gestaltung von Plätzen und Grünflächen ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten für eine attraktivere Ortsmitte, die z. B. in Rattenbach, Zell, Ursensollen, Nebelschütz, Stotel oder Markt Wiesenttal die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte verbesserte.

Erfolgsfaktor Bürgerbeteiligung

Innenentwicklung beginnt in den Köpfen und geht alle im Dorf an – das machen alle Finalisten deutlich. Sie braucht die aktive Beteiligung der Einwohner/-innen. Dazu initiierten die Finalisten z. B. im Rahmen der Fördermaßnahme Dorferneuerung oder LEADER geleitete Prozesse und erarbeiteten gemeinsam individuelle Konzepte und Entwicklungsziele. Auch die Gründung von neuen Dorf- oder Bürgervereinen, die das Engagement der Vereine und aus der Bevölkerung bündeln und als Projektträger agieren, war ein gelungener Schritt und bewährte sich u. a. in Eggetal, Dudensen, Brachwitz und Störmede. Ein Dorfsprecher war in Zell zentraler Ansprechpartner. Für die Sensibilisierung und die Vermittlung von Handlungsmöglichkeiten nutzten die Finalisten verschiedene Vorgehensweisen und Beteiligungsstrukturen wie z. B. fachlich fundierte und qualifizierte Arbeitskreise, Zukunftskonferenzen, Bürgerversammlungen, Projektpatenschaften, Beratung und Begleitung oder durch die gemeinsame Teilnahme an Seminaren oder an Exkursionen (z. B. in Zell und Schweinsdorf). Die engagierten Bürger/-innen in den Finalistendörfern haben dies als großen Gewinn beschrieben, da durch ihr aktives Engagement in einem kreativen Prozess die Themen im Dorf „auf den Tisch“ gebracht wurden, was zugleich eine hohe Akzeptanz für die Maßnahmen bewirkte.

Foto: P. Gullenbeck

Im Dorfverein: Aktive Bürger/-innen übernehmen in Dudensen Projektpatenschaften.

Bei der Preisverleihung in Berlin im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2018 wurden die Sieger und Sonderpreisträger durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgezeichnet. Die Sieger erhielten neben einer Urkunde auch einen Scheck über das Preisgeld von jeweils 2 000 €. Während der gesamten Messezeit konnten sich Besucher/-innen in der Halle 4.2 Lust aufs Land bei einer Posterausstellung zum Wettbewerb näher über die 22 Finalisten informieren.

Andrea Moser

Foto: BMEL, Ingo Heine

Die Finalisten, Sieger und Sonderpreisträger im Wettbewerb 2017 bei der Preisverleihung

Eine umfangreiche Broschüre zum Wettbewerb enthält Porträts der Finalisten und stellt die Sieger und Sonderpreisträger ausführlich vor. Die Broschüre kann als Print bei der ASG bestellt werden: info@asg-goe.de oder als pdf unter www.asg-goe.de heruntergeladen werden.

Informationen zum Wettbewerb und zu den Preisträgern bietet außerdem die Website des BMEL: www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/_texte/KernigesDorf.html

LEADER wichtiger denn je für Europa

Die Europäische Union fördert die Entwicklung unserer Regionen mit vielen unterschiedlichen Strategien und Förderansätzen, trotzdem scheint das Image der EU schlechter denn je. Die positiven Wirkungen für Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume treten in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund – nicht zuletzt wegen des immensen bürokratischen Aufwands bei den klassischen Förderinstrumenten. Im Rahmen einer gemeinsamen Begleitveranstaltung beim BMEL-Zukunftsforum Ländliche Entwicklung sind die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG), die Deutsche Vernetzungsstelle für die ländlichen Räume (DVS) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) der Frage nachgegangen, welchen Ausweg es aus diesem Dilemma geben könnte.

Unter dem Titel „LEADER: Bottom-up – der Weg aus dem europäischen Förderdilemma“ beschäftigten sich die Referenten und rund 150 Teilnehmer/-innen mit LEADER als Modell für die zukünftige EU-Förderung. Mit dem LEADER-Ansatz entwickelte die Europäische Union vor 25 Jahren eine neue Philosophie: Lokale Akteure sollten maßgeblich an der Entwicklung ihrer Region beteiligt werden und Verantwortung für ein regionales Budget erhalten. Zum ersten Mal wagte die EU die Umsetzung eines Bottom-up-Ansatzes. Seitdem sind zigtausende LEADER-Projekte in Europa erfolgreich umgesetzt worden. In Deutschland ist die Zahl der LEADER-Regionen auf über 320 angewachsen und LEADER wird in den ländlichen Räumen vieler Bundesländer flächendeckend umgesetzt.

Mit Anwachsen der Bedeutung und vor allem nach der Verlagerung von LEADER in die klassische Förderung der zweiten Säule der Europäischen Agrarpolitik wurde das bürokratische Korsett aber auch für diesen ursprünglich als „Experimentierfeld“ entwickelten Ansatz immer enger. Zu eng vor allem für die wichtige Zielgruppe ehrenamtlich organisierter Akteure in den Dörfern, die inzwischen häufig vor dem hohen bürokratischen Aufwand und einem hohen finanziellen Risiko zurückschrecken.

Hintergrund einer überaus kleinteiligen Regelungs- und Kontrolldichte mit drastischen Sanktionsandrohungen ist die Sorge vor einem Missbrauch öffentlicher Mittel. Andererseits haben die Aufwendungen für Kontrolle und Monitoring nach Meinung vieler Beteiligter die Verhältnismäßigkeit lange überschritten.

Bietet die Besinnung auf die Wurzeln von LEADER einen Ausweg?

Als Impuls zeigte einer der erfahrensten LEADER-Akteure in Deutschland, Thomas Schaumberg, LAG Vogelsberg, Hessen, was LEADER durch seinen partizipativen Ansatz in den letzten 25 Jahren für die ländlichen Räume europaweit bewirkt hat. Gleichzeitig schilderte er jedoch auch die stetige Verschlechterung der Förderbedingungen durch den wachsenden bürokratischen Aufwand gepaart mit einer „Angst vor Fehlern“ auf allen Ebenen, vom Antragsteller bis zum Zahlstellenmitarbeiter.

Dr. Hartmut Berndt, BAG LAG-Vorsitzender und Regionalmanager der LAG Göttinger Land, sieht diese Einschätzung durch die Ergebnisse der Umfragen von BAG LAG und Europäischem Netzwerk (ENRD) bestätigt. Zugleich unterstrich er noch einmal die großen Vorteile der Beteiligung der lokalen Akteure, die ihre Region und ihre Bedürfnisse am besten kennen. Ihre Ideen zur Entwicklung der Region auf der Grundlage einer gemeinsam entwickelten Strategie zu unterstützen, hält er für weitaus effektiver und nachhaltiger als die schematische Förderung einzelner, vorab landesweit beschriebener Maßnahmen. Um die Akteure zu motivieren, Verantwortung zu übernehmen, brauche es aber ein Mindestmaß an Vertrauen, ein Schlüsselbegriff für die Vereinfachung der Förderinstrumente.

Den ursprünglichen Grundgedanken und die Intention von LEADER führte Heino von Meyer, OECD, Berlin, den Teilnehmer/-innen vor Augen. Er hat die Entstehung von LEADER vor 25 Jahren unter anderem als Evaluator eng begleitet. Zunächst zog er Parallelen zwischen der Stimmung Anfang der 1990er Jahre und heute, in denen politische Unruhen und Veränderungen sowie ein aufkommender Nationalismus ebenfalls aktuell waren. Die partizipative LEADER-Methode habe seither dazu beigetragen, dass Menschen einen Beitrag zur Gestaltung ihrer eigenen Lebensräume leisten können und dabei demokratische Grundprinzipien vor Ort anwenden. Der hohe Stellenwert des Kooperationsgedankens in LEADER habe von Beginn an einen Beitrag zum Austausch von Wissen und Erfahrung zwischen den europäischen Akteuren und zur Verständigung in Europa geleistet. Dementsprechend bilan-

ziert von Meyer: „Natürlich geht es bei LEADER auch um Arbeitsplätze und das Einkommen, aber LEADER ist mehr!“ Auch er sieht allerdings Vertrauen und eine ausgewogene Balance zwischen Vertrauen und Kontrolle als wichtige Basis von verantwortungsvollem und sozialverträglichem Handeln und damit von LEADER: „Wir sollten den lokalen Initiativen endlich wieder Mut machen, anstatt sie durch Verwaltung und Bürokratie einzugrenzen. Ich glaube, dass Europa das braucht.“

Vertrauen in die Arbeit der Akteure ist wichtig

Kann Vertrauen also zur Grundlage für eine Wiederbelebung des ursprünglichen LEADER-Gedankens werden und wie kann Vertrauen in einer komplexen Verwaltungsstruktur umgesetzt werden? Ausgehend von den Fragen: „Welche Bedeutung haben Vertrauen und Misstrauen für das Gelingen von LEADER, was zeichnet das Spannungsfeld von Vertrauen und Kontrolle aus und wie kann Vertrauen in der Förderpolitik stärker etabliert und nachhaltig gefördert werden?“, entwickelte Prof. Dr. Martin Schweer, Leiter des Zentrums für Vertrauensforschung an der Universität Vechta, einen Vertrauensbegriff, nach dem „Vertrauen als Bedingung und Resultat gelingender sozialer Prozesse“ verstanden werden kann. Danach wirke sich ein größeres Vertrauen insofern positiv auf Regionalentwicklungsprozesse aus, als es dazu beitrage, dass Motivation und Kompetenzerleben gesteigert würden, mehr Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit erlebt werden könnten und positivere Beziehungen entstünden; außerdem könnten Kooperation und Entscheidungsfindung verbessert werden sowie mehr Austausch und Kreativität und eine stärkere Identifikation mit den Zielsetzungen von Projekten entstehen. Misstrauen hingegen wirke im LEADER-Prozess ungünstig auf die Beziehungsprozesse, verursache höhere Interaktionskosten und führe zu weniger Selbstvertrauen der Akteure. Auch der für LEADER maßgebende Innovationsgedanke leide unter dem Misstrauen, denn „je unsicherer sich Menschen fühlten, umso weniger seien sie bereit, sich auf Innovationen einzulassen“, so Schweer.

Moderator Stefan Kämper mit der Einstiegsfrage an die Teilnehmer/-innen „Was ist für Sie das Besondere an LEADER?“ und dem Ergebnis der Mentimeter-Abstimmung

Um eine positive Vertrauensspirale in Gang zu setzen, plädierte Schweer dafür, das Vertrauen auf personaler Ebene zu stärken, unter anderem, indem Akteure die Perspektiven anderer wertschätzten, die Risiken und Unsicherheiten anderer verstehen wollten, bereit seien, Verantwortung zu übernehmen sowie Handlungsspielräume wahrzunehmen und zu etablieren. Auf organisationaler Ebene gehe es als Voraussetzung für mehr Vertrauen darum, dass Transparenz herrsche, Fairness und Gerechtigkeit gelten würden, offen kommuniziert und informiert werde und die Akteure an relevanten Entscheidungsprozessen partizipierten. Im Ergebnis und im Sinne einer nachhaltig zielführenden Förderpolitik ergäben sich dann ein konstruktives Verständnis der notwendigen Kontrollmechanismen, aber vor allem eine Stärkung von Verantwortlichkeit und Innovationsfähigkeit.

Zum Abschluss der Veranstaltung plädierte Peter Kaltenegger, Europäische Kommission, für mehr Mut beim Handeln. LEADER sei eine europäische Erfolgsgeschichte. Er deutete an, dass in der Förderperiode ab 2020 die Grundsätze Subsidiarität, Flexibilität und Ergebnisorientierung stärker in die Förderpolitik einfließen sollten. Von den Mitgliedsstaaten, insbesondere auch von Deutschland, forderte er, dass nicht wieder zusätzliche Regeln, nationale sowie Landesregeln, eingeführt würden. Sonst werde sich dadurch die Situation für die Projektnehmer doch nicht verbessern.

Forderungen von BAG LAG und ASG

Europaweit 2 600 Lokale Aktionsgruppen in der aktuellen Förderperiode verdeutlichen eindrucksvoll die Erfolgsgeschichte von LEADER vom „förderpolitischen Experimentierfeld“ hin zu einer effektiven gebietsbezogenen „Mainstream“-Förderung. „Diese sehr wertvolle Errungenschaft für unser europäisches Zusammenleben, gefördert durch ein methodisches Umdenken der Europäischen Union, muss in Zeiten von wieder zunehmenden nationalen Gedanken erhalten und weiter gestärkt werden!“, so eine von der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Berlin aufgestellte Forderung. Hierfür sei ein klares Bekenntnis sowohl der EU-Kommission als auch der Mitgliedsstaaten zu einer verpflichtenden Fortführung von LEADER auch nach 2020, die auf mindestens 10 % des ELER-Budgets festgelegt sein sollte, notwendig.

Die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) bescheinigt in ihrem neuen Positionspapier zur Zukunft der EU-Förderung ländlicher Räume der LEADER-Methode eine zentrale Bedeutung und betont dabei deren Einzigartigkeit: „Dabei werden die Menschen vor Ort in die Zielsetzung und Projektgestaltung mit einbezogen. Sie wissen am besten, wie ihre Region fit für die Zukunft und attraktiv für die dort lebenden Menschen gestaltet werden kann und welche Probleme mit welchen Maßnahmen gelöst werden können.“ (s. a. Forderungstext auf den Seiten 20 und 21 dieser Ausgabe). ■ BAG LAG, ASG, DVS

In Gruppen ergänzten die Teilnehmer/-innen, weshalb die Lokale Aktionsgruppe und das Regionale Entwicklungskonzept Vertrauen verdienen. Bei der Abstimmung über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wählten die meisten Teilnehmer/-innen folgende Sätze:

Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) verdient das Vertrauen, weil „sie in der Region verankert ist, transparent arbeitet und gemeinsam Verantwortung übernimmt“.

Das Regionale Entwicklungskonzept (REK, LES …) ist als Grundlage für Vertrauen geeignet, weil „das REK hinreichend verbindlich und konkret ist und in einem partizipativen Prozess entwickelt wurde“.

ASG-Positionspapier 2018:

Forderungen zur Zukunft der Förder

Ziele:

- Zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen sind weiterhin große Anstrengungen erforderlich. Angesichts der demografischen Entwicklung und der rasanten Fortschritte bei der Digitalisierung vergrößert sich zurzeit die Kluft zwischen Stadt und Land dramatisch. Ein ausreichend hohes, solides und sicheres Budget zur Förderung der ländlichen Entwicklung auf EU- und Bundesebene ist daher zwingend erforderlich, damit die nach wie vor bestehenden strukturellen Probleme bewältigt und die ländlichen Regionen zukunftsfähig und attraktiv gestaltet werden können.

- Um ein Leben und Arbeiten in den ländlichen Räumen auch künftig zu ermöglichen, ist der Zugang zu allen ESI-Fonds erforderlich. Nur so können die notwendigen Maßnahmen zur Daseinsvorsorge einschließlich ärztlicher Versorgung, Pflege und Bildung sowie Infrastruktur-Maßnahmen einschließlich flächendeckender Breitbandanbindung umgesetzt werden.

- Die Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der ländlichen Entwicklung müssen möglichst breit angelegt sein, um den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen bedarfsorientiert begegnen zu können. Unter dem Grundsatz „Smart Villages“ dürfen daher keine inhaltlichen Einschränkungen erfolgen.

- Die ländlichen Regionen zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus. Die operativen Entwicklungsziele und Maßnahmen müssen daher in der jeweiligen Region festgelegt werden. Dort können die Menschen am besten entscheiden, was zur Entwicklung ihrer Dörfer und Gemeinden sinnvoll ist. EU und Bund sollten sich auf die Definition strategischer Zielvorgaben mit Kernzielen beschränken. Subsidiarität muss gelebt werden.

- Das Ehrenamt und Frauen müssen besseren Zugang zu Förderung erhalten, um zur Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen zu können. Anträge unter Einbeziehung von Jugendorganisationen und -initiativen (Jugendverbände, Junglandwirteorganisationen etc.) bei ELER, ESF, EFRE werden generell mit maximalen EU-Fördersätzen bezuschusst.

Instrumente:

- Die Umsetzung sollte wie bisher, wo sinnvoll und möglich, mit partizipativen Ansätzen wie bei der LEADER-Methode bottom-up erfolgen. Dabei werden die Menschen vor Ort in die Zielsetzung und Projektgestaltung mit einbezogen. Sie wissen am besten, wie ihre Region fit für die Zukunft und attraktiv für die dort lebenden Menschen gestaltet werden kann und welche Probleme mit welchen Maßnahmen gelöst werden können.

- Die Vielfalt der Regionen, die Unterschiede von Dorf zu Dorf machen deutlich, dass es selbst in Zeiten knapper Mittel auf der Ebene von EU und Bund – insbesondere auch bei der GAK – auf keinen Fall zur Bildung von räumlichen Förderkulissen kommen darf. Die Förderung von Orten als Ganzes ist wichtig, sie muss sich zuvorderst an den fachlichen Zielvorgaben ausrichten.

ung ländlicher Räume durch die EU

- Viele politisch gewünschte Programme und Maßnahmen scheitern in der Umsetzung an mangelnden Kofinanzierungsmöglichkeiten. Hier kann ein differenziertes Kofinanzierungssystem helfen, bei dem die Höhe der Förderung je nach Verhältnis zwischen gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Interesse flexibel gestaltet werden kann. Über die Art der Kofinanzierung sollten die Mitgliedstaaten selbst bestimmen dürfen.

- Die ständig gestiegenen Verfahrensregeln bei der Umsetzung der Förderung haben zu einer großen Verunsicherung bei Maßnahmeträgern und Verwaltungen geführt. Nicht die Durchführung sinnvoller Maßnahmen, sondern die Prüfbarkeit von Zielerreichung und Mittelverwendung stehen mittlerweile im Mittelpunkt. Daher bedarf es deutlich vereinfachter Verfahren bei der Vergabe der Fördermittel. Der von Sachsen vorgeschlagene ELER-RESET stellt eine sehr gute Grundlage für die kommende Förderperiode dar.

  - Da die ländlichen Regionen Zugang zu allen Fonds benötigen, sollten einheitliche Regeln für alle EU-Fonds gelten, wo dies sinnvoll ist, z. B. bei investiven Maßnahmen. Die jetzigen Unterschiede sind für Maßnahmenträger und Verwaltungen oft nicht nachvollziehbar.

  - Aufgrund der derzeitigen dramatischen Entwicklung von Städten und ländlichen Regionen mit rasant steigender Kluft der Arbeits- und Lebensverhältnisse ist eine schnelle und verlässliche Definition der Regeln für die künftige Förderung dringend erforderlich. Wir benötigen rechtzeitig verbindliche Verordnungstexte, auf die sich alle auch verlassen können müssen.

- Die Umsetzung der Förderung sollte in einem Klima des Vertrauens und nicht wie derzeit in einem Klima des Misstrauens erfolgen. Auch hier kann mehr Subsidiarität gelebt werden. Es genügt jeweils nur eine Kontrollebene. Doppelkontrollen sind nicht erforderlich. Statt vielschichtiger Prüfungs- und Kontrollverfahren, bei denen die Kommission die Mindeststandards vorgibt und national bzw. regional Verfahrensbestimmungen partizipativ festgelegt werden, sollte das Single-Audit-Verfahren eingeführt werden.

- Das Sanktionssystem muss angemessen und schlüssig sein. Hier sollte eine Wesentlichkeitsschwelle eingeführt werden. Bei Bagatellfehlern kann Toleranz gelten. Fahrlässigkeit bei administrativen Form- und Verfahrensfehlern sollte nur in Ausnahmefällen zu Sanktionen führen. Eine Bestrafung darf es nur bei betrügerischem Vorsatz geben.

- Wünschenswert wäre ein modernes, deutlich vereinfachtes Monitoringsystem. Ähnlich einem Führungskräftecontrolling in der Wirtschaft kann zielorientiert und zahlenbasiert berichtet werden mit kurzen Übersichten statt langer Berichte. Die Verwaltungsebenen sollten an der Zielerreichung aktiv und flexibel mitwirken können. Das fördert die bessere, lebensnähere Umsetzung der politischen Zielsetzungen.

Der Vorstand, Göttingen, 12. Januar 2018

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Totgesagte leben auch nicht ewig

Über trügerische Erwartungen, bayerische Rochaden und eine forsche Ministerin

Diese Einschätzung musste für erhebliche Irritationen im Bundeslandwirtschaftsministerium und ihm nahestehenden Verbänden und Institutionen sorgen. Des Ministeriums oberster Sachverständiger für die ländliche Entwicklung, Hans-Günter Henneke, zeigte offene Sympathie für die in obersten CSU-Zirkeln gefundene große Lösung. Im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse von Stadt und Land sei es notwendig, Kompetenzen zu bündeln, die bislang auf verschiedene Bundesressorts verteilt sind. Insbesondere gehe es dabei, so ließ Henneke die Leser der FAZ in einem Beitrag wissen, um die unlängst im Bundeslandwirtschaftsministerium neu errichtete Abteilung „Ländliche Räume". Deren Zusammenführung mit den im Bundesverkehrsministerium angesiedelten Fragen der Raumordnung unter dem Dach des neuen „Heimatministeriums" wäre ein großer Schritt in Richtung der allseits geforderten Bündelung von Kompetenzen im Interesse der ländlichen Räume. Das saß!

Offensichtlich hatte hier jemand seine Aufgabe gründlich missverstanden. Von Ressortchef Christian Schmidt persönlich eingesetzt hatten Henneke und seine Getreuen im eigens gebildeten Sachverständigenrat die Ansprüche auf ein Upgrade des einstigen Ministeriums für Ackerbau und Viehzucht in ein Ministerium mit umfassender Zuständigkeit weit über Trog, Teller und Kirchturm hinaus argumentativ begleiten und politisch flankieren sollen. Warum sonst hätte der Bundeslandwirtschaftsminister wenige Tage vor der Bundestagswahl den guten Herrn Henneke zu einem seiner raren Termine vor der geballten Hauptstadtjournaille in der Bundespressekonferenz mitnehmen sollen? Aus welchem anderen Grund hätte dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages die Ehre zuteil werden sollen, vor den 1000 Landentwicklern aus nah und fern den Hauptvortrag beim Zukunftsforum ländliche Entwicklung auf der Grünen Woche zu halten? Als dessen Resumee zeigte sich besagter Minister denn auch guter Hoffnung, dass sein Haus gestärkt aus den zu der Zeit noch bevorstehenden Koalitionsverhandlungen hervorgehen werde. Und dann das!

Keiner wusste Genaues, aber viele ahnten das Schlimmste. Über Tage schrillten die Alarmglocken in den ministeriellen Fluren. Sogar das Totenglöckchen wollen besonders sensible Beamtenohren herausgehört haben. „Ausgerechnet Seehofer", so soll immer und immer wieder in den geräumigen Büros der Ministerialbürokratie geraunt worden sein. Ausgerechnet der CSU-Vorsitzende, dem just dieses Ministerium, das er einst mit leichter Hand und nach eigener Aussage in Teilzeit geführt hatte, den zuvor nicht mehr für möglich gehaltenen Wiederein- und -aufstieg in die große Politik geebnet hatte, ausgerechnet der schickte sich nun an, dem altgedienten Bundeslandwirtschaftsministerium den Garaus zu machen. Geht's noch?

Den Anlass für die trübsinnigen Gedanken in der Berliner Wilhelmstraße und ihrer Bonner Dependance bot Seehofers scheinbar beiläufige Äußerung, das in den grauen Morgenstunden des 7. Februar nach mehr als 24-stündigem Nonstop-Koalitionspoker eigens von ihm und für ihn erdachte Superministerium für Innen, Bau und Heimat werde selbstverständlich auch für ländliche Räume zuständig sein. Damit gab er geradezu eine Steilvorlage für nebenberufliche Verschwörungstheoretiker, schienen sich doch die einzelnen Puzzleteile zum Gesamtbild zu fügen: Hatte nicht der Minister Christian Schmidt mit freudlosen Auftritten, weitschweifenden und wenig inspirierenden Gedankenausflügen sowie allzu mühsamer Entscheidungsfindung mehr als einmal den Eindruck erweckt, dieses Ministerium, seine Beamten und die große Aufgabe seien ihm eine allzu schwere Last, von der es sich bald wie möglich zu befreien gelte? Hatte er nicht im Landwirtschaftsministerium eine nahezu landwirtschaftsfreie Abteilung für ländliche Räume geschaffen, nur um sie bei der erstbesten Gelegenheit seinem Parteichef darzubringen und ihm damit ein Stück der ersehnten Heimat zu bieten? Waren nicht die Millionen und Abermillionen, die man für BULE, einen Sonderrahmenplan und andere Spielwiesen erkämpft hatte, in Wahrheit die Mitgift für das neue Heimatministerium? Und schließlich, hatte nicht die den bayerischen Bauern scheinbar in ewiger Treue verbundene CSU das ihr per se zustehende, gottgegebene und von der Bundeskanzlerin in besagter Verhandlungsnacht ausdrücklich angebotene Bundeslandwirtschaftsministerium ohne Not und Wimpernzucken preisgegeben? Auweia!

Eins schien zum anderen zu passen und war drauf und dran, den Weg für das letzte Geleit zu bereiten, der dann spätestens in vier Jahren unweigerlich in einem vereinigten Umwelt- und Landwirtschaftsministerium seinen unrühmlichen Tiefpunkt gefunden hätte. Es wäre vermutlich so und nicht anders gekommen, hätte nicht die joviale Julia Klöckner das finstere bayerische Spiel durchschaut und ihm Einhalt geboten. Vor allem die Aussicht, nach sieben schweren Jahren auf den harten Bänken der Opposition in der rheinland-pfälzischen Provinz auf der großen Berliner Regierungsbühne glänzen zu können und sei es zunächst nur im Bauerntheater, hatte die ambitionierte CDU-Politikerin in die Hauptstadt gelockt. Und dann sollte sie sich mit den Ministeriumsknochen begnügen, die die Schwesterpartei abgenagt und ihr freundlicherweise übrig gelassen hatte? Wir wissen nicht, mit welchen Worten Frau Klöckner die Kampfeslust der Kanzlerin vor den entscheidenden Spitzengesprächen über die Zuschnitte der jeweiligen Ministerien geweckt hat. Das Ergebnis lässt allerdings vermuten, dass es die richtigen gewesen sind. Na also!

Man werde weder Stellen noch Fördermittel an das künftige Ministerium für Innen und Gedöns abgeben, verlautete wenig später aus dem Agrarressort. Ministerin Klöckner persönlich hatte noch vor Amtsantritt die an derlei Machtfragen traditionell besonders interessierte Leserschaft der Bild-Zeitung unmissverständlich wissen lassen, es stehe außer Frage, dass die Stärkung des ländlichen Raumes Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums sei, und zwar „mit den dazugehörigen Geldern“, wie Klöckner ausdrücklich hinzufügte. Dass sich der unterlegene Seehofer anders als zu erwarten gewesen wäre HSV-gleich in sein Schicksal fügte, mag an der klaren Kante der CDU-Oberen gelegen haben. Nicht ausgeschlossen ist allerdings, dass der alte Fuchs in Wahrheit nur mäßig interessiert war an einer bislang noch nicht durch Schlagkraft und Esprit aufgefallenen Abteilung aus dem Landwirtschaftsministerium. Viel wichtiger könnte für ihn die Lösung eines ernsten CSU-Personalproblems gewesen sein, nämlich nicht ausreichend Spitzenposten für das parteieigene Spitzenpersonal zu haben. Mit dem Verzicht auf die begehrte Abteilung und dem Gewinn eines neu zu schaffenden Amtes einer CSU-Staatsministerin für Digitales als Gegenleistung hatte der zwar angeschlagene, aber unvermindert beschlagene Parteivorsitzende dieses Problem auf elegante Weise gelöst. Chapeau!

Ende gut, alles gut für das Bundeslandwirtschaftsministerium und seine dynamische neue Chefin? Die einen sagen so, die anderen sagen so. Die dem landwirtschaftlichen Spektrum zuzurechnenden Zeitgenossen werden die letzten Wochen als Beleg nehmen, dass es ohne ein Agrarressort im Bund auch in Zukunft nicht gehen wird, weil es immer so war, ist und sein wird. Und sollte der den jüngsten CSU-Wendungen zum Trotz ganz und gar unwahrscheinliche Fall eintreten, dass beide Unionsparteien in ferner Zukunft die Lust an einem solchen Ministerium verlieren, blieben da ja immer noch die den bäuerlichen Themen stets zugeneigten Grünen, wenngleich diese Perspektive in landwirtschaftlichen Kreisen innerhalb und außerhalb von Ministerien mehrheitlich kaum für Frohlocken sorgen dürfte. Bliebe die Option, das Bundeslandwirtschaftsministerium in den kommenden Jahren tatsächlich zu einem Ministerium für ländliche Räume zu machen. Die Chance dazu besteht, weil auch ein Superminister Seehofer sehr bald zu der Einsicht gelangen könnte, sich und den Seinen zu viel zugemutet zu haben und ein Ressort mit dieser Breite nicht einmal in Vollzeit zu manövrieren ist. Bätschi!

Dies würde gleichzeitig bedeuten, dass Klöckner und die Ihren ihr Ministerium tatsächlich als Ministerium für den ländlichen Raum etablieren. Eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) in eine Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung (GLE) hätte die Grundlage dafür legen können. Bemerkenswert ist jedoch, dass in diesem Koalitionsvertrag anders als beim letzten Mal davon nicht die Rede ist. Mindestens genauso wichtig ist die Erkenntnis, dass ländliche Entwicklung mehr ist als Landwirtschaft, ja ländliche Räume da und dort sogar ohne Landwirtschaft funktionieren oder mit Landwirtschaft den Bach runter gehen sollen. Frühere Aussagen der neuen Ministerin, Fördermittel für ländliche Räume gehörten „den Landwirten und nicht den Landräten“ könnten ein Indiz dafür sein, dass es hier noch argumentativer Begleitung bedarf. Wie dem auch sei, der Geist ist aus der Flasche und die Gleichung „ländlicher Raum gleich Landwirtschaft gleich Landwirtschaftsministerium“ geht nicht einmal mehr für die selbsternannte Agrarpartei CSU auf. Ein Bundesministerium, das seine wesentlichen Kräfte zur Unterstützung von immer weniger Bauern einsetzt und die ländliche Entwicklung vorrangig als Mittel zu diesem Zweck und zur Sicherung der eigenen Existenz versteht, gerät früher oder später ins Straucheln, ob mit oder ohne Julia. Totgesagte leben zwar länger, aber auch nicht ewig …

Rainer Münch

Stadtfarm.de:

Nachhaltige, leckere Lebensmittel aus der Stadt, für die Stadt

Anne-Kathrin Kuhlemann

Die Meere sind leer, die Böden ausgelaugt – gleichzeitig wächst die Menschheit, die wir weltweit ernähren müssen. Gesunde und nachhaltig produzierte Nahrung, in Nähe der Konsument/-innen erzeugt, wird daher der Megatrend des kommenden Jahrzehnts.

Foto: J. Schmidt

Vor allem tierische Proteine müssen (viel) umweltfreundlich(er) erzeugt werden. TopFarmers produziert in sog. AquaTerraPonik®-Anlagen Fisch, Gemüse und Südfrüchte in einem geschlossenen Kreislauf, der im Vergleich zum konventionellen Anbau über 80 % des Wassers, 80 % der Fläche und 85 % der Treibhausgase einspart. Außerdem kommen dort weder Hormone, noch Antibiotika, chemische Dünger oder Pestizide zum Einsatz – die Produkte sind 100 % natürlich.

Geschlossene Kreisläufe wie in der Natur

Unter dem Begriff Aquaponik finden sich heute viele Anbieter, die allerdings nicht im Kreislauf produzieren. Die meisten arbeiten linear: Ein Teil des Abwassers aus der Fischzucht (Aquakultur) wird mit weiteren Nährstoffen angereichert und dann an die Pflanzen (Hydroponik) weitergeleitet, der Rest landet in der Kanalisation. Um sauberes Wasser zu erhalten, wird so täglich 10 – 15 % des Volumens durch Frischwasser ersetzt.

Unsere Technologie hingegen ist ein vollständig geschlossenes, lokal skalierbares Kreislaufsystem das Fisch, Gemüse und Südfrüchte im städtischen Raum produziert. Dabei imitieren wir natürliche Ökosysteme, die keinen Abfall kennen und brauchen wirklich nur das Wasser nachzufüllen, das unsere Pflanzen und Fische verbrauchen. Somit wird Nahrung nicht nur ressourcenschonend und ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt erzeugt, sondern ermöglicht eine hohe Profitabilität. Auch arbeiten wir mit Erde, statt die Pflanzen in Wasserrinnen wachsen zu lassen. Nur so können wir ein wirklich natürliches Umfeld erzeugen, das gesunde Pflanzen und Tiere gedeihen lässt. Deswegen nennen wir unser Verfahren auch AquaTerraPonik®.

Unser Fisch, der African Catfish (clarias gariepinus), ist einer der ganz wenigen Fische, deren Verzehr von WWF und Greenpeace noch empfohlen wird. Er lebt in seiner Heimat zur Trockenzeit ähnlich beengt wie in Aquakultur, deswegen ist er auch bei uns völlig entspannt – er kennt es ja nicht anders. Zudem ist er ein optimaler Futterverwerter: Aus 1 kg Futter wird 1 kg Fisch. Da sein Filet auch noch sehr lecker und bissfest ist, ist „Clara“ für uns die ideale Begleitung für unsere Pflanzen.

Die Ausscheidungen unserer Fische bestehen v. a. aus Ammonium. Das wird zunächst von Bakterien in Nitrit und dann in Nitrat – also pflanzenverfügbaren Dünger – umgewandelt. Die verbleibenden Feststoffe werden herausgefiltert und an unsere Regenwürmer verfüttert – alle paar Monate wandert das von ihnen erzeugte Substrat dann als Humus auf die benachbarten Felder. Das Wasser wird nun zu den Pflanzen gepumpt, die über die Wurzeln die Nährstoffe entziehen (s. Abb.). Als erstes bedienen wir dabei die Tropenpflanzen, die mit ihrem starken Wachstum reichlich Nährstoffe benötigen, dann die subtropischen Gemüsefrüchte wie Tomaten, Gurken und Paprika und dann erst die Salate und Kräuter. Das so gereinigte Wasser kommt dann zurück zu den Fischen, der Kreislauf ist geschlossen. Klingt einfach, ist in der Praxis aber doch sehr komplex – wir haben viele Jahre daran gefeilt, das Ökosystem stabil und robust zu bekommen.

Übertragbarkeit auch in den ländlichen Raum

Unsere Technologie wurde über fünf Jahre hinweg entwickelt und in zwei Anlagen erfolgreich erprobt. Somit ist die Technologie serienreif und kann jetzt an zahlreichen weiteren Standorten dupliziert wer-

Foto: G. Wellers

Anne-Kathrin Kuhlemann

TopFarmers GmbH, Berlin

Tel. (030) 60 98 81 07-0
info@topfarmers.de
www.topfarmers.de
www.stadtfarm.de

den. Denn wir wollen nicht größere Anlagen bauen, sondern viele kleine – numbering-up statt scaling-up. Eine Firma konnten wir bereits zur Nachahmung inspirieren: In Oberndorf an der Oste (im Landkreis Cuxhaven) werden ebenfalls Clarias in einer Kreislaufanlage gezüchtet, allerdings mit klassischer Pflanzenkläranlage aus Schilf. Das Team der dortigen Bürgeraktiengesellschaft ostewert AG hat uns bereits 2014 in Berlin besucht und unsere Bananenstauden zum Anlass genommen, vor Ort etwas umzusetzen, das einen wirtschaftlichen Impuls im Dorf setzt und Arbeitsplätze schafft.[1]

Weitere Entwicklungen

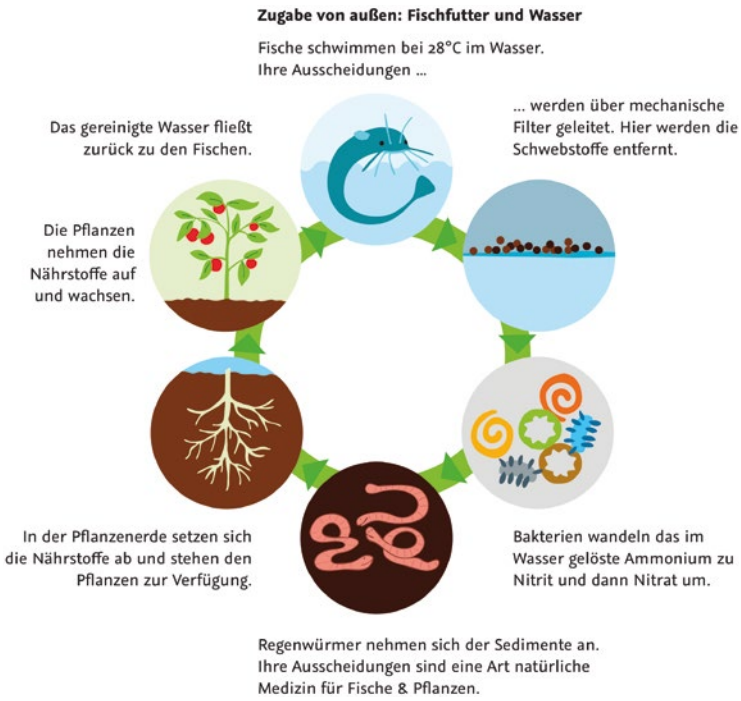
Unsere größte Anlage in Berlin haben wir im ersten Halbjahr 2017 in Betrieb genommen. Doch selbst wenn wir zehn solcher Anlagen à 2 500 m² in Berlin betreiben würden, könnten wir gerade einmal 0,1 ‰ des Bedarfs an tierischen Erzeugnissen und Obst/Gemüse von Berlin abdecken. Daher wollen wir wachsen! Wir sind im Gespräch mit mehreren möglichen neuen Standorten, mindestens einer soll noch 2018 gebaut werden.

Zzt. erweitern wir unsere Wertschöpfungskette. Noch in diesem Jahr wollen wir die drei wichtigsten Inputs zu unserem System alle selber erzeugen: Jungfische werden dann bei uns vor Ort gezüchtet, um weiterhin einen breiten Genpool zu gewährleisten. Die Energie stammt schon bald aus nachwachsenden Rohstoffen aus der unmittelbaren Umgebung. Und unser Fischfutter wird 100 % vegetarisch, da wir auch die noch enthaltenen 30 % Fischmehl – aber auch die 30 % Soja (also importierte [ehemals Regenwald-]Fläche) – ersetzen und ausschließlich heimische Rohstoffe verwenden werden.

Doch auch bei der Verarbeitung bleiben wir nicht stehen. Künftig wollen wir unsere Fische selber schlachten, selber räuchern und eine noch breitere Palette von Produkten, vom Gulasch über den Grillspieß bis hin zur Weißwurst anbieten. Beim Gemüse sind wir hier bereits einige Schritte weiter, bieten Trinksuppen, Mittagssalate und demnächst auch eigene Getränke an – alles in unserer eigenen Küche erzeugt.

Der Vertrieb unserer Produkte erfolgt im Wesentlichen als Direktgeschäft, inklusive Hofladen, eigener Auslieferung mit Fahrrädern im 5 km-Umkreis und deutschlandweitem Versand von Fisch und verarbeiteten Produkten. Gastronomie wie auch Endverbraucher/-innen sind unsere Hauptkunden, Partnerschaften mit Firmenkunden ermöglichen es

Abbildung: AquaTerraPonik-Schaubild



Quelle: TopFarmers GmbH

Mitarbeiter/-innen, zu vergünstigten Preisen unsere Mittagsangebote zu beziehen. Demnächst soll noch der regionale Einzelhandel mit ins Spiel kommen; so wollen wir schon bald mit Pop-up Stores in den Läden der BioCompany stehen.

Unser Standort im 100 ha großen Landschaftspark Herzberge ist eine der wenig bekannten grünen Lungen Berlins, die von den Anwohner/-innen für Spaziergänge und Naherholung genutzt wird. Wir fühlen uns hier pudelwohl, unser Besucherzentrum wird rege genutzt und die Kooperation mit unserem Vermieter, der in-vitro-tec GmbH, ermöglicht uns den direkten Kontakt zu Langzeitarbeitslosen, von denen der ein oder andere in unser Team übernommen werden könnte. Jedes Quartal spenden wir außerdem bis zu 10 % unseres Umsatzes mit Mittagssalaten an eine gemeinnützige Organisation aus unserer Nachbarschaft. Bei dieser SpendenSalat-Aktion werden wir vom Schauspieler Benno Fürmann unterstützt, der unser unternehmerisches Engagement an dieser Stelle würdigt. So haben wir auch noch einen sozialen Impact, der uns wirklich stolz macht.

„Clean“ und „radikal lokal“ sind die neuen Trends schlechthin, StadtFarmen sind dazu noch nachhaltig und sozial. So kann jeder einen Beitrag zur Zukunft der städtischen Ernährung leisten.

[1] S. auch den Dokumentarfilm von Antje Hubert: „Von Bananenbäumen träumen“.

Was zeichnet Konsument/-innen in Alternativen Lebensmittelnetzwerken aus?

Carolin Schweizerhof und Prof. Dr. Claudia Bieling

Das aktuell vorherrschende Agrar- und Lebensmittelnetzwerk ist geprägt durch Globalisierung und Anonymität. (Internationale) Supermarktketten und einige wenige Konzerne dominieren Lebensmittelproduktion, -handel und -distribution nach den Prinzipien der Rationalisierung, Standardisierung und Intensivierung. Immer mehr Konsument/-innen beginnen, die Nachhaltigkeit dieses Lebensmittelsystems zu hinterfragen und suchen nach Alternativen. Im Zuge dieser Entwicklungen gewinnen Alternative Lebensmittelnetzwerke (ALN) an Bedeutung (Maye und Kirwan 2010).

ALN basieren auf einer neuen wirtschaftlichen Beziehung zwischen Produzent/-innen und Konsument/-innen. Durch das Verkürzen von langen, undurchsichtigen Lieferketten werden Konsument/-innen und Produzent/-innen teilweise näher zusammengebracht. Der direktere Kontakt sorgt für Informationsaustausch, Vertrauen und eine höhere gegenseitige Wertschätzung. Die Zusammenarbeit mit regionalen Zwischenhändler/-innen und intelligent aufgestellten Logistikunternehmen erhöht die Gewinne für die Produzent/-innen und verbessert die Ökobilanz der Produkte. Die in ALN angebotenen Produkte sollen nicht nur ökologisch erzeugt, sondern so weit wie möglich auch unverarbeitet, frisch und lokal sein. Die dominierende „Fast Food"-Kultur wird somit durch eine „Slow-Food"-Kultur ersetzt. Obwohl ALN sich in diesen Grundprinzipien ähneln, unterscheiden sich die verschiedenen Modelle in ihrer Organisation, den Gründungsmotiven und ihrem konkreten Handlungsfeld voneinander. Dies zeigt sich in den sehr unterschiedlichen Beispielen wie etwa lokalen Wochenmärkten, Biokisten, solidarischer Landwirtschaft (SoLawi) und Mitgliederläden (Maye und Kirwan 2010).

Konsument/-innen und Mitglieder nehmen durch ihr (ehrenamtliches) Mitwirken und ihre Bereitschaft, Verbindlichkeit zu schaffen und Verantwortung zu übernehmen, eine wichtige und aktive Rolle im Ent- und Bestehen von ALN ein. Durch ihre Entscheidung, in einem ALN einzukaufen, setzen sie ein Zeichen gegen das vorherrschende konventionelle Agrar- und Ernährungssystem (Litte et al. 2010; Maye und Kirwan 2010). Bisher gibt es nur wenige wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit den Merkmalen und Motivationen dieser Personengruppe auseinandergesetzt haben. Insbesondere Mitgliederläden sowie der deutsche Raum gelten als noch unzureichend erforscht (Unger 2012).

Anhand des Mitgliederladens Plattsalat-West in Stuttgart wurden im Mai 2017 exemplarisch die Merkmale und Motivationen von Personen analysiert, die sich an dieser Form von ALN beteiligen. Folgende Fragen standen dabei im Vordergrund:

- Welche Motivationen bewegten die Mitglieder zur Mitgliedschaft bei Plattsalat-West?
- Welche Merkmale charakterisieren ihr Kaufverhalten?
- Wodurch ist das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder von Plattsalat-West gekennzeichnet?
- Welche Erwartungen haben die Mitglieder an zukünftige Entwicklungen von Plattsalat-West?

Als Grundlage diente eine Online-Befragung, welche mittels eines schriftlichen, standardisierten Online-Fragebogens mit 46 Fragen durchgeführt wurde. Insgesamt nahmen 123 (20 %) der 602 Mitglieder an der Umfrage teil.

Der Mitgliederladen Plattsalat-West in Stuttgart

Plattsalat-West ist einer der drei selbständig und selbstverwaltet wirtschaftenden Mitgliederläden

Foto: privat

Carolin Schweizerhof

Universität Hohenheim, Organic Agriculture and Food Systems (M.Sc.)

carolin.schweizerhof@uni-hohenheim.de

Prof. Dr. Claudia Bieling

Universität Hohenheim, Fachgebiet Gesellschaftliche Transformation und Landwirtschaft (430b), Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs

Foto: Universität Hohenheim

des Vereins Plattsalat in Stuttgart. Er wurde 1998 gegründet und ist damit der älteste der drei Plattsalat-Läden. Die Gründungsidee von Plattsalat war es, für sozial schwächer gestellte Menschen in Stuttgart eine Möglichkeit zu schaffen, kostengünstig Bioprodukte zu beziehen. Dabei sollen die angebotenen Produkte auch für die Produzent/-innen zu einem fairen Preis verkauft werden. Regionale, kleine und spezialisierte Produzent/-innen und Zulieferer/-innen werden hierbei bevorzugt. Die Produktpalette des Ladens umfasst neben Lebensmitteln auch Sanitär- und Hygieneartikel und ist auf eine bestimmte Anzahl von Produkten beschränkt.

Foto: T. Becker

Im Jahr 2017 hatte Plattsalat-West 602 Mitglieder, welche je nach Haushaltsgröße und finanziellem Hintergrund einen Mitgliedsbeitrag zwischen 6–19 € pro Person/Monat zahlten. In regelmäßig stattfindenden Mitgliederversammlungen sowohl des Vereins als auch des Ladens wird den Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, sich aktiv, z. B. in der Auswahl von Produkten oder organisatorischen Entscheidungsfragen, zu beteiligen. Die aktive Partizipation der Mitglieder ist nicht nur ein Kernelement der Philosophie Plattsalats, sondern ein zentrales Merkmal von vielen Mitgliederläden.

Soziodemografische Merkmale der Mitglieder

Die Teilnehmenden der Umfrage bei Plattsalat-West sind überwiegend weiblich (61 % weiblich, 38 % männlich, 1 % anderes Geschlecht) und zwischen 30–45 Jahre alt (jüngste/r Teilnehmer/-in 18 Jahre, älteste/r 69 Jahre). Sie weisen einen hohen Bildungsgrad auf (80 % Fach- oder Hochschulabschluss) und stehen in den meisten Fällen in einem Beschäftigungsverhältnis (85 %). Die Befragten leben überwiegend in 2-Personen-Haushalten und haben keine (eigenen) Kinder, die in ihrem Haushalt wohnen. Diese Ergebnisse decken sich mit den erhobenen soziodemografischen Daten in Umfragen in anderen ALN (u. a. Kallis 2007; Kolodinsky und Pelch 1997; Seyfang 2008). Schäfer (2003) beschreibt die Merkmale Single, voll berufstätig, hohes Einkommen und kinderlos als typisch für eine/einen Konsument/-in von Bioprodukten. Wie auch in der Untersuchung von Kallis (2007) festgestellt, haben die Befragten von Plattsalat-West überwiegend keinen Bezug zur Landwirtschaft.

Mitgliedschaft

Die Befragten haben meist über persönlichen Austausch von Plattsalat-West erfahren, wobei die Mehrzahl vor ihrem Beitritt nicht gezielt nach einem Mitgliederladen wie Plattsalat-West gesucht hat. Werbemaßnahmen wie Flyer und Aushänge waren nur für wenige Mitglieder der erste Kontaktpunkt. Die Bedeutung des persönlichen Kontakts wird auch in anderen Studien hervorgehoben (z. B. Kolodinsky und Pelch 1997).

Die Hauptmotivationen, dem Mitgliederladen beizutreten, waren der Wunsch, regionale, fair gehandelte und ökologisch produzierte Erzeugnisse zu beziehen sowie deren Produktionsbedingungen zu unterstützen. Soziale Aspekte wie die Möglichkeit der Mitgestaltung und eine engere Verbindung zu Produzent/-innen wurden in der Plattsalat-West-Umfrage als weniger wichtig betrachtet.

Für die meisten Befragten haben sich die Motivationen in Bezug auf ihre Mitgliedschaft bei Plattsalat-West im Laufe der Zeit nicht geändert. Ein Viertel der Befragten berichtet jedoch von Veränderungen dahingehend, dass die angenehme Atmosphäre im Laden, die Regionalität und die fairen Preise für die Produkte, die Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern sowie die Möglichkeit der Mitgestaltung mehr geschätzt werden. Ebenso werden aber auch Veränderungen in die negative Richtung angegeben wie z. B. ein gesunkenes Interesse an ehrenamtlichem Engagement sowie weniger Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern.

Kaufverhalten

Besonders wichtig bei der Auswahl von Produkten sind für die Befragten artgerechte Tierhaltung, ökologische Produktion, fairer Handel sowie Regionalität. Unwichtig sind hingegen eine ansprechende Verpackung und ein günstiger Preis. Fast alle Befragten geben an, dass ihnen die Überprüfung der Produkte durch die Verantwortlichen im Laden wichtig ist. Ein Großteil der Befragten berichtet, bereits vor der Mitgliedschaft biologische Lebensmittel konsumiert zu haben. 85 % kaufen mindestens einmal pro Woche oder öfter im Laden ein, wobei Frauen den Laden wesentlich häufiger aufsuchen als Männer. Die Befragten kaufen durchschnittlich mehr bei Plattsalat als in anderen Läden ein. Pro Person werden dabei etwa 150 € im Monat im Laden ausgegeben. Produkte, die nicht bei Plattsalat gekauft werden, werden überwiegend in Läden bezogen, die ein ähnliches Angebot wie Plattsalat-West haben (Bioläden, Reformhaus) oder in Läden, die neben konventionellen Artikeln auch ökologische und fair gehandelte Produkte anbieten (Supermarkt, Discounter). Die Gründe für das Einkaufen in anderen Läden sind sehr vielfältig. Die Nicht-Verfügbarkeit von bestimmten Produkten bei Plattsalat-West, eine bessere Erreichbarkeit, andere Öffnungszeiten oder einfach Bequemlichkeit spielen eine Rolle.

Ehrenamtliches Engagement

Bei Plattsalat-West gibt es die Möglichkeit, sich in unterschiedlichen Bereichen ehrenamtlich einzubringen. Die häufigsten Formen des ehrenamtlichen Engagements, von denen in der Umfrage berichtet wurde, sind die jährliche Inventur, Hilfe bei anfallenden Renovierungsarbeiten und Reparaturen. Zudem finden in regelmäßigen Abständen Mitgliederversammlungen des Ladens wie auch des Vereins statt. Der Hauptgrund, warum die Befragten sich ehrenamtlich bei Plattsalat-West einbringen, ist der Wille, den Mitgliederladen aktiv zu unterstützen. Soziale Aspekte wie Spaß, Gemeinschaft und Kontakt zu anderen Mitgliedern sind eher zweitrangig. Die Befragten nehmen an Mitgliederversammlungen teil, um mitzubestimmen, aber auch, um Hintergründe zu erfahren und den Laden generell zu unterstützen.

Über die Hälfte der Befragten hat sich allerdings nie ehrenamtlich bei Plattsalat-West engagiert und nur selten bis nie an den Mitgliederversammlungen teilgenommen. Die Befragungsergebnisse zeigen einen statistischen

Foto: T. Becker

Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des ehrenamtlichen Engagements und der Häufigkeit der Teilnahme an Mitgliederversammlungen. So nehmen Personen, die sich wenig ehrenamtlich engagieren, auch seltener an Mitgliederversammlungen teil. Zwischen der Häufigkeit des ehrenamtlichen Engagements und der Häufigkeit des Einkaufes konnte kein Zusammenhang festgestellt werden.

Der häufigste Grund, warum sich die Befragten nicht ehrenamtlich bei Plattsalat-West engagieren, ist Zeitmangel. Auch die Nicht-Teilnahme an Mitgliederversammlungen wird mit Zeitmangel begründet. Langwierige Diskussionen und festgefahrene Strukturen werden als weitere Gründe der Demotivation hervorgehoben.

Zukünftige Entwicklungen

Die Befragten sind durchaus zufrieden mit der aktuellen Situation bei Plattsalat-West. Besonders die Mitarbeiter/-innen im Laden werden als sehr angenehm empfunden. Leicht unzufrieden sind die Befragten mit der Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern.

Nahezu alle, die an der Umfrage teilgenommen haben, geben an, dass sie auch dann nicht aus Plattsalat-West austreten würden, wenn alle Produkte in Supermärkten oder Discountern erhältlich wären. Das angebotene Sortiment ist also nicht (mehr) der ausschlaggebende Faktor für die Mitgliedschaft.

Fazit

Die Untersuchung zeigt, dass der Wunsch, regionale, ökologisch produzierte und fair gehandelte Produkte zu konsumieren sowohl die wichtigste Motivation für den Beitritt als auch einen zentralen Aspekt für Kaufentscheidungen der Plattsalat-Mitglieder darstellt. Dies kann als ein Zeichen gegen lange Lieferketten, intensivierte Landwirtschaft und unfaire Handelsbeziehungen verstanden werden und stellt ein typisches Element in ALN dar. Jedoch zeigt die Untersuchung ebenfalls, dass im Laufe der Mitgliedschaft auch andere Aspekte wie z. B. die gute Einkaufsatmosphäre bedeutsamer geworden sind. Das Sortiment im Mitgliederladen Plattsalat-West ist zwar kleiner als in Biosupermärkten, dafür haben die Mitglieder die Möglichkeit, Lebensmittelhandel und -distribution aktiv mitzugestalten. Diese Möglichkeit wird von einigen Mitgliedern genutzt. Insgesamt zeigt sich jedoch ein geringes ehrenamtliches Engagement. Laut den Verantwortlichen von Plattsalat-West gibt es dennoch kein Defizit an ehrenamtlichen Helfern, da sich meist Personen finden – wenn auch oft dieselben. Sie wünschen sich daher nicht nur mehr, sondern vor allem eine größere Vielfalt an ehrenamtlichen Helfern, da Mitgliederläden wie Plattsalat-West von den Ideen und dem Tatendrang ihrer Mitglieder leben würden.

Die hier herausgearbeiteten Motivationen und Merkmale von Mitgliedern in Mitgliederläden decken sich in vielen Punkten mit den Ergebnissen anderer Studien zu Initiativen, die den ALN zuzurechnen sind. Dennoch muss betont werden, dass es bisher nur wenige Arbeiten zu diesem Themenfeld gibt. Die Forschung in diesem Bereich sollte also intensiviert werden, um Erfolgsfaktoren von ALN besser zu verstehen und ihre Potenziale zu fördern.

Foto: S. Baur

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0118-Literatur-Schweizerhof-Bieling.pdf

Standortanforderungen und Erfolgsfaktoren für Unternehmen in ländlichen Räumen aus Sicht des Handwerks

Gerhard Schenk und Dr. Carsten Benke

In den ländlichen Räumen Deutschlands wird mehr als die Hälfte der nationalen Wirtschaftsleistung erbracht. Diese Regionen sind damit Standort für einen wesentlichen Teil des Mittelstandes; darunter befinden sich auch hunderttausende Handwerksunternehmen, die hier häufig seit Generationen ansässig sind. Diese mehrheitlich kleinen und mittelgroßen Betriebe sind nicht nur ein zentraler Teil der regionalen wirtschaftlichen Basis, sie tragen auch entscheidend zur Sicherung gesellschaftlicher Strukturen in den Dörfern und Kleinstädten bei.

Die Unternehmen sind aufgrund ihrer eher auf den Nahbereich gerichteten Einzugsbereiche und persönlicher wie familiärer Verwurzelung stark an ihre jeweiligen Standorte gebunden. Umso mehr sind sie durch diese Standorttreue jedoch auf passfähige Standortbedingungen in den Bereichen Infrastruktur, Flächenverfügbarkeit und Fachkräfteangebot angewiesen. Die Analyse notwendiger Standort- und Erfolgsfaktoren kann sich jedoch nicht nur auf die Sicherung von Bestand und Traditionen konzentrieren. Vielmehr müssen auch die notwendigen Rahmenbedingungen für Neuentwicklungen und Modernisierungen in den Blick genommen werden, die im gesamten Mittelstand für die Anpassung an Strukturveränderungen und Digitalisierung permanent notwendig sind. Werden diese Voraussetzungen nicht im erforderlichen Maße in den ländlichen Räumen gewährleistet, können wichtige Entwicklungsschritte nicht erfolgen und Innovationen sowie kommende Unternehmensübergaben werden gefährdet. Einmal weggebrochene Strukturen bilden sich in Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte und begrenzter Nachfrage nicht automatisch neu. Es entstünden dann Defizite hinsichtlich Nahversorgung und spezialisierter Tätigkeiten, die nur unzureichend durch Leistungserbringungen aus ferneren Ballungsräumen ausgeglichen werden könnten. In jedem Fall entfiele die Wertschöpfung vor Ort.

Besondere Rahmenbedingungen ländlicher Standorte

Betrieben in ländlichen Räumen stehen naturgemäß bestimmte Agglomerationsvorteile und Versorgungsangebote oberzentraler Orte nicht zur Verfügung, seien es Hochschulnähe, direkte Kontakte zu ansässigen Forschungsclustern oder ein dichter ÖPNV-Takt. Im Idealfall werden diese Einschränkungen der unternehmerischen Erfolgsfaktoren jedoch durch andere Standortvorteile der ländlichen Räume (z. B. Flächenverfügbarkeit, Lebensqualität, Kundenbindung) ausgeglichen.

Unabhängig von zentralörtlichen Differenzierungen sind jedoch auch in ländlichen Räumen leistungsfähige Anschlüsse an das Straßennetz, Ver- und Entsorgungsstrukturen und moderne Telekommunikationsangebote sicherzustellen. In Hinblick auf diese zentralen Infrastrukturen kann es vor dem Hintergrund des grundgesetzlichen Postulates der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen keine Abstriche im Rahmen zentralörtlicher Angebotsabstufung geben, die durch andere Vorteile ausgleichbar wären.

In Bezug auf die Entfernung zu wichtigen Autobahnanschlüssen sind in peripheren ländlichen Räumen fraglos Kompromisse notwendig. Da allerdings auch die Anfahrtswege zur Auftragserfüllung innerhalb einer ländlichen Region lang werden oder gar Kunden in Ballungsräumen zu bedienen sind, ist ein guter Anschluss an ein ausgebautes Land- und Bundesstraßennetz unabdingbar. Dieses Netz muss durch leistungsfähige Verteiler ergänzt werden, die auch für Fahrzeuge über 3,5 t geeignet sind. Für die Verteilernetze müssen durch Bund und Länder dauerhaft nachhaltige Finanzierungsstrukturen bereitgestellt werden, da für die jeweiligen Baulastträger in Gemeinden und Landkreisen angesichts abnehmender Einwohnerdichte ansonsten Überforderungen drohen.

Dass Telekommunikationsanschlüssen auch und gerade in ländlichen Räumen derselbe Stellenwert zukommt wie guten Verkehrs-

Foto: privat

Gerhard Schenk

Präsident des Deutschen Konditorenbundes und Beauftragter des Präsidiums des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks für ländliche Räume

Dr. Carsten Benke

Referatsleiter für Regional- und Stadtentwicklung, Infrastruktur und öffentliches Auftragswesen, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Berlin

Tel. (030) 20 619-264
benke@zdh.de
www.zdh.de

Foto: ZDH

anschlüssen, bedurfte lange Zeit noch besonderer Begründung. Mittlerweile ist die Forderung nach einem flächendeckenden Breitbandzugang (fast) schon Allgemeingut. Dieses verbale Postulat muss jedoch für alle Unternehmen in ländlichen Räumen nun konkret in eine kalkulierbare, zeitnahe Anschlussperspektive umgesetzt werden. Hinzu kommen für viele Branchen massiv wachsende Anforderungen an mobiles Internet: Beim kommenden 5G-Standard sollte es von Anfang an Ziel sein, eine flächendeckende Versorgung auch in ländlichen Räumen sicherzustellen.

Letztlich entscheidend sind aber nicht die bloßen technischen Anschlussstrukturen, sondern deren Umsetzung in Innovationen. Die aktuellen Entwicklungen der Digitalisierung im Handwerk sind enorm. Die Bildung einer „digitalen Kluft" zwischen den Regionen muss vermieden werden, damit die Betriebe in den ländlichen Räumen schon heute an diesen Entwicklungen partizipieren, um z. B. auch von ihrem Sitz aus Dienste in Metropolen erbringen zu können, aber auch den Kund/-innen in den Regionen moderne Dienstleistungen zu bieten. Die Teilnahme an neuartigen Entwicklungen wie der interaktiven Umsetzung von komplexen Bauvorhaben (Stichwort B.I.M.), der Online-Einbindung von Kunden bei der Generierung von individuellen Produkten, der Fernwartung oder von intelligenten Mobilitätsdiensten würde ansonsten verhindert, was einen erheblichen Wertschöpfungsverlust in der Region bedeuten würde. Die junge Meisterin oder der junge Meister – und gleichermaßen potenzielle externe Nachfolger/-innen – werden den Familienbetrieb nur übernehmen und weiter modernisieren, wenn sie am Standort optimale Bedingungen vorfinden, um ihre Ideen zu realisieren.

Gerade kleinere Unternehmen müssen bei der Überwindung von Innovationshürden unterstützt werden, da diese langfristig erforderlichen Investitionen gerade in ländlichen Räumen mit ihrer geringeren Bevölkerungsdichte vielfach nicht refinanzierbar wären. Notwendig ist deshalb im Rahmen der Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume ein umfassender strukturpolitischer Ansatz, der auch die Gemeinschaftsaufgaben „Agrarstruktur und Küstenschutz" (GAK) und „Regionale Wirtschaftsstruktur" (GRW) noch stärker als bisher auf die zielgerichtete und bürokratiearme Flankierung von Entwicklungsprozessen in kleineren, nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen ausrichtet.

Einzugsbereiche, Kundenorientierung und Potenziale der Digitalisierung

Der Verzicht auf die Nähe zu großen Bevölkerungskonzentrationen ist aus Nachfragesicht zumindest so lange nicht entscheidend, wie im ländlichen Umfeld ausreichende und vertiefte Kundenbeziehungen bestehen. Sinkt die Bevölkerungsdichte oder orientieren sich die Bewohner/-innen in ihrem Konsumverhalten anders, sind die Ausweichmöglichkeiten jedoch beschränkt.

Abnehmende Bevölkerungsdichte stellt insbesondere ein Problem für diejenigen Branchen dar, die weitgehend auf Nachfrage in der direkten Umgebung angewiesen sind. Diejenigen Betriebe, z. B. des Baugewerbes, die ihren Standort in den ländlichen Räumen haben, den Hauptumsatz jedoch in den Ballungsräumen erzielen bzw. dort einen ausbaufähigen Absatzmarkt besitzen, können sich davon zwar zumindest teilweise abkoppeln: Dennoch bliebe der Rückgang von leicht erreichbaren Kunden in der Umgebung schmerzlich. Die Möglichkeiten zu kontinuierlichen Wartungsdiensten und Kleinaufträgen gingen zurück. Vollständig davon emanzipieren können sich nur hochspezialisierte Betriebe, für die die Entfernung zum – teilweise im europäischen oder außereuropäischen Ausland sitzenden – Kunden keine entscheidende Rolle spielt. Hierfür wiederum sind die neuen, digitalen Kommunikationsmöglichkeiten ein zentraler Faktor.

Auch Unternehmen, die eher auf den Nahbereich angewiesen bleiben, müssen bei abnehmender Bevölkerungsdichte durch inhaltliche wie räumliche Angebotsausweitung ihre Marktposition verbessern. Die Strukturveränderungen – hinzu kommt der Onlinehandel mit Produkten und Diensten – erfordern generell einen stärkeren Blick über den eigenen „Tellerrand" hinaus und die Suche nach Potenzialen jenseits von Gemeinde- und Gewerksgrenzen. Auch in ländlichen Räumen ist zu prüfen, wie Einzugsbereiche durch mehr Mobilität der Dienstleistungserbringung und bessere Ansprache von Kunden unterschiedlicher Altersstufen, u. a. durch den Einsatz moderner elektronischer Medien, erweitert werden können. Durch vertiefte Zusammenarbeit in den ländlichen Räumen lassen sich auch gemeinsame Wertschöpfungsketten mit Landwirtschaft, Handel und Tourismus entwickeln, um den wachsenden Ansprüchen an qualitätsvolle Lebensmittel und andere regionale Produkte zu entsprechen.

Sicherung kleinteiliger und bezahlbarer Gewerbeflächen

Ein entscheidender Erfolgsfaktor unternehmerischen Handelns sind die betrieblichen Flächen: Sie müssen verkehrsgünstig gelegen, möglichst flexibel nutzbar und auch an sich wandelnde Produktionsprozesse anpassbar sein. Im Handwerk dominiert die Nachfrage nach eher kleinteiligen Flächen in der Größenordnung von wenigen 100 bis 1 000 m².

In der Theorie ist aus Sicht von Unternehmen ein großer Vorteil ländlicher Regionen, dass sie eine bessere und kostengünstigere Verfügbarkeit gewerblicher Flächen bieten können. Die zunehmend durch Umwidmung zu Wohnungsbauflächen oder durch Preissteigerungen aus den Kernen der Ballungsräume verdrängten Betriebe suchen deshalb hier neue Standorte. Zumindest was die Verfügbarkeit der Flächen betrifft, schwindet der klassische Vorteil in vielen Regionen jedoch zunehmend: Auch im ländlichen Raum werden die handwerksgerechten kleinteiligen und bezahlbaren Gewerbeflächen knapp. In großen Gewerbegebieten – häufig an Verkehrskreuzen gelegen – muss das Handwerk in eine schwierige Konkurrenz mit den zahlungskräftigen Flächengroßabnehmern aus Logistik und Handel treten. Die traditionellen kleinteiligen Standorte in Dorf- oder Kleinstadtlagen geraten gleichzeitig unter Druck, da sie vermehrt mit Immissionsproblemen und Nachbarschaftskonflikten konfrontiert sowie von heranrückender Wohnbebauung und direkter Verdrängung betroffen werden. Auch am Rande eines Dorfes wird eine Tischlerei oder ein Metallbaubetrieb nicht mehr per se akzeptiert, wenn das ehemals nutzungsgemischte Dorf mittlerweile de facto eine reine Wohnsiedlung ist.

Die Neuausweisung von Gewerbeflächen an weniger konfliktträchtigen Standorten stößt allerdings immer mehr auf planerische Beschränkungen, die – sachlich durchaus nachvollziehbar – die Flächeninanspruchnahme verringern und eine Zersiedlung des Landschaftsraums sowie einen Verlust von Landwirtschaftsfläche verhindern wollen. Eine zu strikte Anwendung dieses Prinzips verhindert jedoch die notwendige Entwicklung von Angeboten für mittelständische Unternehmen. Hier sind zukünftig vermehrt intelligente Planungskonzepte anzuwenden, die eine verträgliche Gewerbeflächenentwicklung auch an ländlichen Standorten ermöglichen (Fokussierung auf die Schaffung kleinerer Gewerbegebiete am Siedlungsrand, Flächenrecycling, Umnutzung leerstehender Gebäude etc.).

Bauflächen sind jedoch für Unternehmen nur schnell und nachhaltig nutzbar, wenn auch die Gemeinden bzw. Landkreise die Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie andere Verwaltungsakte schnell und rechtssicher absolvieren. Hier haben gerade kleinere Städte und Gemeinden durchaus Chancen, sich im Vergleich zu schwerfälligen Verwaltungskörpern in Ballungsräumen als mittelstandsgerecht zu positionieren.

Wichtige Standorte von mittelständischen Betrieben finden sich aber nicht nur in Gewerbegebieten und Gemengelagen, sondern auch in den Ortsmitten und Einkaufsstraßen. Die Lebensmittel- und Gesundheitshandwerke und andere Ladenhandwerke ebenso wie der kleinteilige Einzelhandel werden nur eine Zukunftsperspektive haben, wenn in Dörfern und Kleinstädten weiterhin funktionsfähige Ortsmitten erhalten bleiben, die weiterhin sowohl soziale und kulturelle Zentren als auch attraktive Orte für Einkauf und Dienstleistungen darstellen. Die ansässigen Unternehmen aus Ladenhandwerk, Handel und Dienstleitungen müssen ihrerseits zur Standortsicherung in der Fläche auch neue Konzepte der gemeinsamen bzw. zeitlich aufgeteilten Nutzung von Gewerberäumen, ergänzende Onlineangebote und mittelständische Filialisierungsstrategien prüfen. Die traditionellen Versorgungsstrukturen sind aber nicht nur durch Bevölkerungsrückgang, sondern auch durch zunehmenden großflächigen Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“ akut bedroht. Hier muss die Landesplanung entschieden gegensteuern.

Fachkräftesicherung im Vordergrund

Ganz im Vordergrund der Betrachtung unternehmerischer Erfolgsfaktoren steht aktuell die Fachkräftesicherung: Ihr Erfolg oder Misserfolg wird letztlich alle anderen Standortbedingungen dominieren. Betroffen von den direkten wie indirekten Wirkungen des demografischen Wandels sind nicht nur strukturschwache – und zusätzlich von Abwanderung betroffene – Gebiete, sondern auch strukturstarke Regionen; insbesondere dort, wo benachbarte industrielle Standorte mit Arbeitsplätzen locken. Ziel der Standortsicherungspolitik von Wirtschaft und örtlicher Politik muss es sein, die Jugendlichen schon in der Schule für Zukunftsarbeitsplätze in ihren Regionen zu begeistern und einer Abwanderung frühzeitig entgegenzuwirken. Hier engagieren sich die Handwerksorganisationen

und viele Kommunen bereits erheblich. Es wird aber nur möglich sein, Auszubildende anzuwerben und dauerhaft zu halten, wenn die Strukturen sowohl der schulischen wie auch der beruflichen Bildung in ländlichen Regionen in hoher Qualität in der Fläche erhalten werden. Im Bereich der beruflichen Bildung müssen sich beide Partner des dualen Systems noch stärker bemühen, die Berufsschulen und die Berufsbildungszentren sowohl modern als auch verkehrlich erreichbar zu erhalten. Die Betriebe müssen zudem permanent daran arbeiten, als Ausbilder und Arbeitgeber attraktiv zu bleiben und ihre Beschäftigten bei allen Modernisierungsschritten intensiv zu begleiten.

Lebensqualität als entscheidende Rahmenbedingung

Für den ansässigen Mittelstand sind in Hinblick auf die Standortsicherung nicht nur Flächen, Straßen, Leitungen und Beschäftigte entscheidend: Zentrale Standortbedingung für das Handwerk ist die Lebensqualität der Region insgesamt. Nur in einer funktionierenden Region wird nachhaltig in baulichen Unterhalt und andere hochwertige Dienste und Produkte des Handwerks investiert. Ländliche Räume haben hinsichtlich der Lebensqualität traditionell gute Potenziale, die aber an gewandelte und gewachsene Ansprüche angepasst werden müssen. Nur wo Familien, Kinder und Jugendliche auch in Zukunft gerne leben, wird es möglich sein, dauerhaft Fachkräfte und Unternehmensnachfolger/-innen zu gewinnen. Freizeit- und Kulturangebot, bauliche Attraktivität und Image einer Gemeinde sind als „weiche Faktoren“ deshalb ebenfalls herausragende Rahmenbedingungen für unternehmerischen Erfolg in ländlichen Regionen. Werden hier bestehende Potenziale gesichert und weiterentwickelt, können gerade Lebensqualität und Familien gerechtigkeit auch in Zukunft besondere Qualitätsmerkmale ländlicher Unternehmensstandorte sein. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0118-Literatur-Schenk-Benke.pdf

Intelligentere Unternehmensförderung

In den letzten Jahren wurden intelligente Ansätze zur Unternehmensförderung entwickelt, die Unternehmen in die Lage versetzen sollen, sich besser an neue Entwicklungen anzupassen und sich zu verändern. Angestrebt werden die Förderung eines „Ökosystems“ mit unterschiedlichen Elementen und Verfahren (Peer Learning, gemeinsam genutzte Arbeitsräume, Coaching, Mentoring, Schulungen, Gründerzentren, Accelerators, Investitionsfinanzierungen, gemeinsam genutzte technische Ausrüstung usw.) und die Begleitung von Unternehmern im gesamten Prozess ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.[1]

Traditionelle Modelle zur Förderung von Unternehmen haben sich häufig auf ein einmaliges Eingreifen mithilfe gezielter Ausschreibungen beschränkt. Dieser Ansatz kann Unternehmern das Bemühen um angemessene Unterstützung zum richtigen Zeitpunkt erheblich erschweren und in der Regel entscheiden starre Förderkriterien über die Annahme oder Ablehnung von Anträgen. Dadurch entsteht ein risikoaverses Fördermodell nach dem Grundsatz „alles oder nichts“, der zum Vorteil einiger weniger Antragsteller ist und viele potenziell erfolgreiche, innovative Geschäftsideen vielleicht nicht berücksichtigt.

Intelligentere Methoden folgen einem deutlich flexibleren Ansatz, bei dem Unternehmen auf dem Weg zum Erfolg über mehrere Schritte begleitet werden. Diese neuen Modelle werden jedoch nur dann geschätzt, wenn sie aus zwei Perspektiven betrachtet werden: mit Blick auf das unterstützende Ökosystem und mit Blick auf die einzelnen Unternehmen.

Das „Ökosystem“ der Förderinstrumente und der Anbieter von Unterstützungsmaßnahmen trägt zur Schaffung einer von Wandel und Innovation geprägten Unternehmenskultur und zur Entwicklung neuer Ideen bei und ermöglicht Personen mit der erforderlichen Motivation und dem nötigen Potenzial die Bewältigung der nächsten Entwicklungsschritte. Dabei braucht nicht im Vorfeld beurteilt zu werden, welche Ideen tragfähig sein könnten. Es ist Teil des Systems – und kein Anzeichen für ein Scheitern –, dass sich in jeder Entwicklungsphase weniger Geschäftsideen behaupten.

[1] Gekürzte Fassung von Kapitel 4. „Beschleunigung des Wandels von Unternehmen im ländlichen Raum“, in: EU-Magazin Ländlicher Raum 24 (2017), S. 25–32. Die Langfassung kann heruntergeladen werden unter: https://enrd.ec.europa.eu/publications/eu-rural-review-24-re-imagining-rural-business-opportunities_de – This text is a partial version of an article that was first published in English by the European Network for Rural Development Contact Point in EU Rural Review No 24, 2017. The full original text can be found here: https://enrd.ec.europa.eu/publications/eu-rural-review-24-re-imagining-rural-business-opportunities_en

	Herkömmliche Formen der Unternehmensförderung	Intelligente Unternehmensförderung
Ziel	Einzelne Unternehmer und Vorhaben	Kohorten oder Gruppen von Unternehmern
Unternehmens-typen	Ausschreibungen in wichtigen oder „angesagten" Sektoren, die von Fachleuten aus der Wirtschaft ermittelt wurden (Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Slow Food usw.). Arten und Umfang von Unternehmen sowie die räumliche Abdeckung sind häufig festgelegt.	Fördert Kreativität und Wandel von Grund auf. Erfordert ein gründliches Zuhören und das Verständnis von Gegebenheiten und Zwängen in der Praxis. Offen für ungewöhnliche Kombinationen (z. B. sektorübergreifende Wertschöpfungsketten)
Zeitliche Planung	Einmalige Maßnahmen zu bestimmten Zeitpunkten	Schrittweiser Ansatz, Unterstützung während des jeweiligen Zeitrahmens individuell gestaffelt. Kann Elemente zur Lösung spezifischer Probleme enthalten, die auch über einen kürzeren Zeitraum wirken (beispielsweise Accelerators), wobei die im Laufe der Zeit erreichten Ergebnisse und die sich entwickelnden Erfordernisse beobachtet werden.
Art der Unterstützung und Methode	Bereitstellung, Gestaltung durch Fachleute – geringere Flexibilität bei der Gestaltung von Unterrichtsinhalten, Umsetzung häufig mit separaten und nicht zusammenhängenden Standardkursen und -modulen	An Erfordernissen der Unternehmen orientiert und flexibel gestaltet. Integriert – Bereitstellung einer Kombination von Förderinstrumenten, vom Vorschlag von Geschäftsideen bis zu Auskünften über Finanzierungsmöglichkeiten. Schwerpunkt Peer Learning, Netzwerkbildung und Zusammenarbeit
Arten von Finanzierungen	Gewährung von Zuschüssen, Finanzierung im Rahmen von Programmen. Gefahr überhöhter Investitionen (Verpflichtung zur Einhaltung der ursprünglichen Projektpläne) bzw. in einigen Fällen auch Gefahr zu geringer Investitionen (wenn die Chancen größer als erwartet sind)	Kombination von Investitionen aus öffentlichen, privaten und gesellschaftlichen Mitteln. Gründungskapital für kleine Pilotprojekte und für die anfänglichen Betriebskosten, flexible Zuschüsse, Mikrokredite usw. Finanzierungen durch die Kommunen: Sozialfinanzierung, Crowd Funding usw.
Herangehensweise an Risiken	Gewährung von Zuschüssen ausschließlich nach festen Auswahl- und Förderkriterien. Nach Kontrollen können Strafzahlungen festgesetzt werden, wenn sich herausstellt, dass Kriterien nicht erfüllt wurden.	Learning by doing (praxisbezogener Ansatz); die Möglichkeit des Scheiterns ist Bestandteil des Konzepts, und die Teilnehmer lernen aus Fehlern. Der schrittweise Ansatz ermöglicht die Durchführung auch von Pilotprojekten.

Aus der Perspektive des einzelnen Unternehmens (s. Abb. S. 35) ist es am wichtigsten, dass die gesamte Entwicklung des Unternehmens unterstützt wird. Die Unternehmen möchten bei der Vermarktung eines neuen Produkts oder einer neuen Idee nicht auf sich gestellt sein. Ihnen ist vielmehr an einem kontinuierlichen Förderweg von der kreativen Auseinandersetzung mit möglichen Herausforderungen und Chancen in ihrem Sektor bis zur Skalierung eines erfolgreichen Geschäftsplans gelegen. Die Unternehmer müssen immer wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie Unterstützung und Beratung benötigen.

Erschließung von Geschäftsmöglichkeiten von Grund auf

Am Anfang des Förderwegs steht die Arbeit mit lokalen Unternehmen und (potenziellen) Unternehmern. Die Unterstützung muss weniger von den neuesten Entwicklungen im Bereich der Unternehmensförderung geleitet sein, als vielmehr angesichts der tatsächlichen Erfordernisse lokaler Unternehmen gewährt werden. Voraussetzung dafür ist, dass lokalen Interessenträgern genau zugehört wird und dass sorgfältig mit den betreffenden Personen zusammengearbeitet wird, um ihre Lage und ihre Chancen zu verstehen.

Am Anfang einiger der interessantesten und erfolgreichsten Modelle zur Gewährung bedarfsbezogener Unterstützung stehen Peer Learning und Inspiration. Unternehmen und Unternehmer werden in Gruppen zusammengebracht, in denen sie sich wechselseitig inspirieren und anregen und voneinander lernen, um Fehler nicht wiederholen zu müssen und Chancen im Idealfall sogar gemeinsam nutzen zu können.

Grundprinzipien sind die Vorstellung, dass aus einem größeren Ideen-Pool eher ein oder zwei tragfähige und erfolgreiche Unternehmen hervorgehen und dass sich unbedeutendere Ansätze wechselseitig befruchten und zu unerwarteten neuen Geschäfts-

ideen führen können. Mit solchen Entwicklungen ist eher zu rechnen, wenn in Gruppen gearbeitet wird, Ideen gemeinsam verfolgt werden und die Beteiligten im Dialog miteinander stehen.

Ein weiteres Grundprinzip besteht darin, dass die Unterstützung sich an echten Erfordernissen orientieren muss und nicht an vorschnellen Urteilen oder Erwartungen ausgerichtet sein darf. Nach der Entwicklung von Ideen können Unternehmer auf die spezifischen Unterstützungsangebote verwiesen werden, die sie in ihrer besonderen Situation benötigen. Wenngleich bestimmte Elemente der Arbeit in Gruppen und des Austauschs beibehalten werden können, benötigen Unternehmen in vieler Hinsicht auch individuelle Unterstützung.

Unterstützungsbedarf kann in der Praxis beispielsweise im Hinblick auf benötigte Büroräume, technische Ausrüstungen und die Ausarbeitung von Geschäftsplänen sowie im Bereich des Finanzmanagements bestehen. Hilfreich ist, wenn Unterstützung durch ein umfangreiches Netz an Organisationen und Einrichtungen angeboten wird. Dieses Ökosystem von Fördermaßnahmen kann Universitäten und Forschungseinrichtungen, Beratungsdienste, Finanzierungseinrichtungen und bereits bestehende Unternehmen umfassen. Programme zur Unternehmensförderung müssen nicht alle Antworten „intern“ bieten. Sie können die wesentliche Funktion der Weiterleitung von Unternehmen an die „externen“ Anbieter von Unterstützungsleistungen wahrnehmen, die im jeweiligen Einzelfall benötigt werden, und sie können zur Herstellung erster Kontakte beitragen.

Häufig werden erfahrene Unternehmer zum individuellen Coaching und Mentoring von Start-ups herangezogen. Diese Mentoren können aus derselben Branche wie das jeweilige Start-up stammen. Dies ist aber deshalb keine unabdingbare Voraussetzung, weil die Kompetenzen zur Einführung von Innovationen eher nicht an bestimmte Wirtschaftszweige gebunden und vielfach branchenübergreifend anwendbar sind.

Fördermodelle können auch gemeinsame Angebote beinhalten. Der Zugang zu rechtlicher Beratung beispielsweise kann eine Hilfe für Start-ups sein, die ansonsten entweder nicht wüssten, an wen sie sich wenden sollten, oder die sich die benötigte Beratung nicht leisten könnten.

Die in digitalen Zentren im ländlichen Raum verbreitete gemeinsame Nutzung von Büroraum kann den zweifachen Vorteil haben, zum einen bezahlbare und trotzdem professionelle Arbeitsräume bereitzustellen und zum anderen den Austausch von Wissen zu fördern und neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu eröffnen.

Abbildung: Förderweg aus der Perspektive eines einzelnen Unternehmens

Der gemeinsame Zugang zu technischer Ausrüstung kann insoweit von entscheidender Bedeutung sein, als er Unternehmern, die dazu aus eigenen Mitteln ansonsten nicht in der Lage wären, die Entwicklung und Prüfung technisch fortgeschrittener Prototypen bereits in der Pilotphase ermöglicht.

An die Gegebenheiten im ländlichen Raum angepasste flexible Modelle

Entscheidend ist, dass bei der Unterstützung von Unternehmen im ländlichen Raum nicht nur flexiblere Modelle genutzt werden, sondern dass diese Modelle auch angemessen an die tatsächlichen Gegebenheiten in der jeweiligen ländlichen Region angepasst werden. Die Elemente einer guten Geschäftsplanung und -entwicklung werden in ländlichen und städtischen Gebieten gleich sein, und erfolgreiche Bestandteile von Gründerzentren und Accelerator-Modellen können Orientierung und Anregungen für die praktische Unternehmertätigkeit im ländlichen Raum bieten. Die bloße Nachbildung erfolgreicher Modelle aus städtischen Gebieten in ländlichen Gebieten wird jedoch nicht funktionieren.

Voraussetzung für die Förderung von Unternehmen im ländlichen Raum ist, dass zunächst einmal die Erfordernisse dieser Unternehmen verstanden werden. Dazu kann es ausreichen, die Unternehmen zu begleiten und sorgfältig zu ermitteln, welche Herausforderungen bestehen und welche Ideen von diesen Unternehmen entwickelt werden.

„Growbiz“ – Peer Learning im Rahmen von LEADER in Perthshire, Schottland, Vereinigtes Königreich

GrowBiz wurde 2007 zur Unterstützung von Unternehmen in der ländlichen Region Perthshire gegründet. Ursprünglich standen Maßnahmen zur individuellen Unterstützung im Vordergrund. Mit Unterstützung im Rahmen von LEADER hat sich der Schwerpunkt allerdings hin zur Unterstützung durch Peer Learning und durch andere Formen der Vernetzung verschoben.

Foto: Kelly McIntyre, European Union, 2016

GrowBiz bietet nun eine ganze Palette an Coaching-, Beratungs- und Mentoring-Leistungen für Unternehmen sowie an Maßnahmen für Peer Groups für alle an, die in der ländlichen Region Perthshire ein Unternehmen oder eine soziale Einrichtung gründen oder erweitern möchten oder den Schritt in die Selbständigkeit in Erwägung ziehen. Initiativen im Rahmen von GrowBiz sind beispielsweise GrowBiz Xchange und Women’s Enterprise Network.

Da im Rahmen von LEADER ein Anteil von 10 % der für den Zeitraum 2014–2020 vorgesehenen Mittel der LAG (lokalen Aktionsgruppe) der Förderung von Unternehmen vorbehalten ist, wird das Modell Growbiz von mehreren LEADER-LAGs in Schottland als eine Möglichkeit gesehen, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Unternehmensförderung zu erfüllen.

Mittel insgesamt: 627 050 € / ELER-Anteil (LEADER 2007–2013): 166 360 €

www.growbiz.co.uk

„Academy on Tour“, Flandern, Belgien

Mit der „Academy in Tour“ sollen (potenzielle) Unternehmer im Agrar-Lebensmittelsektor bei der Weiterentwicklung von Geschäftsideen zu konkreten Plänen und bei der Umsetzung dieser Pläne unterstützt werden. Die „Tour“ umfasst eine eintägige Auslandsreise in einem mit geeigneten Arbeitsplätzen ausgestatteten Konferenzbus.

Außerdem beinhaltet das Angebot Fachvorträge, individuelle Beratungsgespräche, gegenseitige Unterstützung und Besuche bei beispielhaften Unternehmen. Die erste Tour wurde mit ELER-Mitteln unterstützt und führte ins Vereinigte Königreich. Dort besuchten die Teilnehmer Supermärkte und Unternehmer im Agrarsektor und erhielten Anregungen zu den Themen Produktentwicklung, Verpackung und Markenpolitik.

Ergebnisse

Foto: Innovatiesteunpunt

- Im Rahmen der kostenlosen Tour absolvierten 24 Unternehmer aus dem Agrarsektor im Laufe eines Tages anregende Besuche, ließen sich von Fachleuten beraten und unterstützten sich gegenseitig bei der Entwicklung ihrer jeweiligen Produkt- und Geschäftspläne.
- Ein Teilnehmer hat bereits drei neue Produkte aufgrund einer Idee zur Marktreife geführt, die auf dieser Tour entwickelt wurde.
- Alle Teilnehmer bewerteten den Ansatz als ihrer bisherigen Erfahrung nach eines der besten Förderinstrumente.
- Der Anbieter der Maßnahme (Innovatiesteunpunt) konzentriert sich nun auf die Anschlussbetreuung und -beratung der Teilnehmer aufgrund der auf der Tour erarbeiteten Geschäftspläne.
- Weitere Touren zu anderen Themen wurden in die Niederlande und nach Frankreich organisiert.

Gesamtkosten einer Tour: 15 000 € / ELER-Beitrag 7 500 € (LEADER, M19)

www.innovatiesteunpunt.be

In diesem Zusammenhang können Berater, die sich auf den Agrarsektor spezialisiert haben, eine wichtige Rolle spielen. Auch LEADER hat sich seit Jahren als leistungsfähiges Instrument zur Förderung der Herstellung von Kontakten, zur Vernetzung und zur gegenseitigen Unterstützung in ländlichen Regionen bewährt. Diese Überlegungen stehen im Mittelpunkt der in Schottland angewendeten „GrowBiz“-Methode.

Im ländlichen Raum ist im Allgemeinen eine proaktivere Herangehensweise zur Ermittlung möglicher Teilnehmer und zur Herstellung erster Kontakte erforderlich. Zudem sind einige weitere praktische Aspekte zu berücksichtigen (etwa die Auswahl eines geeigneten und gut ausgestatteten Standorts für die Durchführung von Besprechungen und Einschätzungen dazu, wie häufig die Beteiligten Fahrten auf sich nehmen können).

Die gegenseitige Unterstützung ist im ländlichen Raum unter Umständen wichtiger als je zuvor. Beispielsweise hat sich gezeigt, dass viele Landwirte Innovationen dann aufmerksamer verfolgen, wenn sie bereits von anderen Landwirten genutzt werden. Bloße Vorträge von Fachleuten oder eine Nutzung nur in modernsten landwirtschaftlichen Betrieben Europas hingegen wirken weniger motivierend.

Das belgische Beispiel der „Academy on Tour“ ist ein besonders kreativer Ansatz zur Bewältigung einiger der Herausforderungen im ländlichen Raum. Die Teilnehmer werden in einem Konferenzbus zusammengebracht, der im Laufe eines intensiven, aber äußerst anregenden Tages nicht nur Begegnungen ermöglicht und Gelegenheit zur Netzwerkbildung bietet, sondern die Teilnehmer auch zu Exkursionszielen befördert. ■

Info-Postkarte für Zielgruppe Unternehmen

Ein Jobportal für die Region:

DateYourJob!

Helmut Schiewe

Die Erfolgsgeschichte beginnt im August 2016. „DateYourJob!“ geht online und unterstützt seither Schüler ab Klasse 7 bei der Berufsfindung. Die Matching-Plattform begleitet die Berufsorientierung in den Schulen mit passenden Betrieben und Ausbildungsangeboten. Um junge Menschen in der ländlich geprägten Region zu halten, ziehen Schulen, Wirtschaft und Verwaltung an einem Strang. „DateYourJob!“ wurde mehrfach ausgezeichnet – u. a. mit dem Preis des Innovationsnetzwerkes Niedersachsen.

Ein Date mit einem Job – wie geht das? Jedes Jahr aufs Neue quälten sich bisher Schülerinnen und Schüler durch unzählige Online-Angebote, um Ausbildungsplätze zu erkunden. Keine dieser Quellen zeigte aber die ganze Vielfalt an Ausbildungsmöglichkeiten im Landkreis Hildesheim. Und viele Angebote stammten darüber hinaus aus anderen Regionen. Die Motivation der Jugendlichen sank sehr schnell.

„DateYourJob!“ vernetzt Schülerinnen und Schüler, Schulen und Betriebe schon im Prozess der Berufsorientierung im Unterricht miteinander. Dabei liegt der Fokus auf dem regionalen Wirtschaftsraum im Landkreis Hildesheim. Das effektive Werkzeug zur Berufsfindung spricht die jugendlichen Nutzer/-innen in ihrer Medienrealität auch auf mobilen Endgeräten an. Es ist zentrale Anlaufstelle und bündelt verfügbare Informationen rund um die Berufsausbildung.

Alle ausbildenden Betriebe im Landkreis Hildesheim sind eingeladen, sich mit ihren Ausbildungsangeboten und Praktika bei www.dateyourjob.de kostenfrei zu beteiligen. Eine Schnittstelle zur Agentur für Arbeit macht es auf Wunsch und ohne Mehraufwand möglich, Angebote auch dort zu melden. Die IHK Hannover und die Handwerkskammer (HWK) Hildesheim-Südniedersachsen kooperieren ebenfalls.

Schülerinnen und Schüler an der KGS Gronau sind von „DateYourJob!“ begeistert und wollen weitere Betriebe der Region überzeugen. Ihre geplante Schülerfirma wird spätestens nach den Sommerferien 2018 hierzu auch Unterstützungsdienstleistungen anbieten, um den Unternehmen den Einstieg bei „DateYourJob!“ zu erleichtern.

Getragen wird „DateYourJob!“ durch den Industrieverein Alfeld – Region e.V. Die erste Vorsitzende Anke Hoefer hat ein Team versammelt, das „DateYourJob!“ stetig weiterentwickelt: Jasper Elter, KGS Gronau und Fachberater der Landesschulbehörde, Helmut Schiewe, Berufsbildende Schule Alfeld (Leine), und Andreas Gundelach, Geschäftsführer Greenmark it GmbH, sind die treibenden Kräfte.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen wurde außerdem das Projekt „BeAm“ konzipiert. Mit Hilfe eines „Bedarfsgerechten externen Ausbildungsmanagements“ soll die Ausbildungstätigkeit von Betrieben gesteigert werden. Die HWK unterstützt durch fachliche Begleitung bei der Schaffung, Bereitstellung und Qualitätsentwicklung von neuen Ausbildungsverhältnissen.

Ein umfassender Überblick aller Ausbildungen schließt auch das Studium ein. Erste Gespräche mit der Stiftung Universität Hildesheim erkunden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, u. a. zum Uni-Projekt BeSt F:IT, das Schülerinnen für IT-Berufe gewinnen möchte. ■

Helmut Schiewe

Ausbildungsplatzmatching,
Berufsbildende Schule Alfeld (Leine)

Tel. (05181) 706-0
h.schiewe@bbs-alfeld.de
www.dateyourjob.de

Foto: R. Gross

Die Gründer Thomas Rebmann (CEO) und Andreas Rebmann (COO)

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen zunächst kurz vor.

Die Erfolgsgeschichte der Lampenwelt begann mit einer Nebentätigkeit – damals verkaufte der heutige Geschäftsführer Thomas Rebmann während seiner Ausbildung Leuchten über eBay. Gemeinsam mit seinem Bruder Andreas Rebmann gründete er 2004 die Lampenwelt GmbH in ihrem Heimatort Schlitz. Heute ist das Unternehmen Europas führender Onlinespezialist für Lampen und Leuchten und als einer der größten Arbeitgeber mit rund 300 Mitarbeiter/-innen in der Region fest verankert. Über 1,5 Mio. Kund/-innen, die ihre Begeisterung in 100 000 positiven Kundenbewertungen auf unabhängigen Bewertungsportalen zum Ausdruck gebracht haben, zählt Lampenwelt aktuell. Ein herausragender Kundenservice sowie ein facettenreiches Sortiment, das sowohl Eigenmarken als auch führende internationale Top-Marken wie FLOS, Artemide, Luceplan, Tecnolumen und Swarovski umfasst, bilden die Basis des Erfolges. In mittlerweile 15 europäischen Ländern ist die Lampenwelt mit eigenen Onlineshops vertreten.

Was sind Ihrer Einschätzung nach in der Vergangenheit wichtige Faktoren oder Bedingungen für den Erfolg Ihres Unternehmens gewesen?

Wichtige Faktoren gibt es neben dem günstigen Startzeitpunkt im Jahr 2004, als der Onlinehandel noch in den Kinderschuhen steckte, zahlreiche. In erster Linie ist es dem hohen Engagement unserer Mitarbeiter/-innen und ihrer Identifikation mit dem jungen Unternehmen zu verdanken, dass Lampenwelt früh hohe Wachstumsraten verzeichnen konnte. Lampenwelt hat sich stark an den Kund/-innen orientiert, eine Atmosphäre geboten, in der sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entfalten konnten, eine Kultur der Realisierung und Umsetzung von Maßnahmen gelebt und sich auch immer dem Rat guter und professioneller Dienstleister/-innen und Berater/-innen bedient. Außerdem haben wir den Logistikpart von Beginn an eigenständig abgewickelt. Denn uns war früh klar, dass eine eigene Service- und Logistikzentrale eine wichtige Grundlage für höchste Kundenzufriedenheit ist: Unsere Kund/-innen schätzen es sehr, alles aus einer Hand zu erhalten und bei Bedarf auch Fachberatung in Anspruch nehmen zu können. Deshalb haben wir uns für den Bau eines eigenen Service- und Logistikzentrums entschieden, das wir im letzten Jahr noch einmal um 6 000 m² erweitert haben. Unsere Versandkapazität ist damit enorm gestiegen – eine Viertelmillion Pakete können wir nun pro Monat versenden.

Welche Rolle spielen dabei Ihr Standort und sein Umfeld? Worin sehen Sie Vorteile, worin Nachteile?

In Schlitz-Fraurombach bei Fulda stand die Garage, in der Thomas Rebmann 1999 mit dem Vertrieb von Leuchten über eBay angefangen hat. Aus heutiger Sicht können wir viele Vorteile mit dem Standort Schlitz verbinden. Die günstige geografische Lage, günstige Strukturkosten, eine über Jahre hinweg stabile und verlässliche politische Situation, ein im Vergleich zu großen Ballungszentren geringerer Kampf um Fachkräfte – um nur einige zu nennen.

Welche standortbedingten Hemmnisse gab oder gibt es für Ihr Unternehmen? Haben Sie sie aus eigener Kraft, in Kooperation mit anderen oder mit Unterstützung (z. B. Beratung, Förderung etc.) bewältigen können und wie?

Ungünstig ist aktuell noch die verhältnismäßig schlechte Internetanbindung. Wir erhoffen hier baldige Abhilfe und Unterstützung durch die Politik.

Was werden in Zukunft wichtige Faktoren sein, bzw. worin sehen Sie in den nächsten 10–15 Jahren evtl. (standortbedingte) Gefahren für den weiteren Erfolg Ihres Unternehmens?

Wir glauben an unseren Standort. Ein wichtiger Faktor für die Zukunft wird sein, trotz der wachsenden Unternehmensgröße eine TOP-Arbeitsatmosphäre zu erhalten und eine hohe Attraktivität für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auszustrahlen.

In welchen Bereichen würden Sie sich (zusätzliche) Unterstützung wünschen? Durch wen?

Wie gesagt, würden wir uns umgehende Unterstützung für eine für uns adäquate Internetanbindung wünschen. ■

Das Logistikzentrum im Schlitzer Stadtteil Fraurombach

Wettbewerb 2016 „Menschen und Erfolge – Ländliche Räume: produktiv und innovativ“

LESETIPP!

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.). BBSR-Online-Publikation Nr. 26, Bonn, November 2017, 77 S., ISSN 1868-0097.

Der Themenkomplex „Arbeit und Wirtschaft“ berührt zentrale Herausforderungen, vor denen ländliche Räume stehen. Nicht zuletzt hängt ihre Attraktivität vom Vorhandensein eines ausreichend großen und qualitätsvollen Arbeits- und Ausbildungsplatzangebots ab. Dieses Angebot und die Art und Weise, wie wir arbeiten und wirtschaften, unterliegen jedoch tiefgreifenden strukturellen Veränderungsprozessen, z. B. in Form des demografischen Wandels oder von technologischen und sozialen Innovationen, die für die ländlichen Räume sowohl Risiken als auch Chancen beinhalten.

Wie Chancen erkannt werden und welche Impulse sie für die ökonomische Entwicklung ländlicher Räume setzen, zeigen die Beiträge der sechsten Wettbewerbsrunde „Menschen und Erfolge“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), die unter dem Motto „Ländliche Räume: produktiv und innovativ“ stand. Die Broschüre dokumentiert die Ergebnisse des Wettbewerbs, stellt ausgewählte Projekte vor und benennt Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung. ■ ba

Abrufbar unter: www.menschenunderfolge.de

gezeitenraum
meer.innovation.

Foto: Krippeit/Kuttelkiod.de

Inga Wiele und Dr. Christian Wiele

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen zunächst kurz vor.

Die gezeitenraum gbr wurde 2012 von Inga und Dr. Christian Wiele gegründet. Wir sind erfahrene Expert/-innen für Innovationsmanagement und Transformationsprozesse, die durch die Digitalisierung entstehen. Dabei nutzen wir methodisch den Design Thinking Ansatz. Wir moderieren Workshops, trainieren Mitarbeiter/-innen in der Anwendung von Design Thinking und begleiten Unternehmen, die sich strategisch neu ausrichten wollen.

Wir halten Unternehmen wach für neue Entwicklungen, indem wir die Neugier in Mitarbeiter/-innen wecken, die Offenheit für überraschende Problemlösungen herbeiführen und mit Hilfe von Prototypen deren Machbarkeit mit potenziellen Kund/-innen evaluieren.

Dass uns das gut gelingt, zeigt die Tatsache, dass gezeitenraum in der großen Studie von brand eins und statista 2014, 2015 und 2017 unter den besten deutschen Unternehmensberatungen für „Innovation, Wachstum und neue Geschäftsmodelle“ genannt wird – ausgewählt aus mehr als 15 000 deutschen Beratungsunternehmen. Darauf sind wir sehr stolz.

Was bewegt Menschen, von der Stadt aufs Land zu ziehen? Was waren Ihre Gründe?

Wir empfanden die Lebensqualität in der Metropolregion Rhein-Neckar als zunehmend belastend. Das tägliche Pendeln fraß unsere Zeit auf und wir nahmen die Geschäftigkeit der Menschen als gehetzt wahr.

Wir lieben das Leben in Meeresnähe, die Weite des Strandes und die Ruhe, die das Leben auf dem Land bietet. Es ist ein Rückzugsraum, der unser Denken freier macht. Wir schätzen die Bodenständigkeit und Entspanntheit der Menschen, die in St. Peter-Ording und auf Eiderstedt leben und schätzen Schleswig-Holstein wegen seiner landschaftlichen und kulturellen Vielfalt (z. B. Nordart in Rendsburg, Schleswig-Holstein Musikfestival, Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg).

Was hat Ihnen ermöglicht, Ihren Wunsch in die Tat umzusetzen?

Wir hatten das Glück, durch unsere langjährige Tätigkeit bei SAP und anderen weltweit tätigen Unternehmen ein gutes Gespür für die Bedürfnisse von Unternehmen verschiedenster Größenordnungen zu entwickeln. Darüber hinaus haben wir bei SAP tiefe Expertise in der Nutzung von Design Thinking als Hilfsmittel für Transformationsprozesse erworben. Wir haben den Trend in diese Richtung früh erkannt und uns mit unserem Wissen und unserer Erfahrung selbständig gemacht.

Das Internet und vor allem Social Media haben einen maßgeblichen Beitrag zu unserem Marktzugang geleistet, da wir die Networking-Möglichkeiten über Twitter, Facebook und LinkedIn konsequent genutzt haben, um Kontakte zu knüpfen.

Darüber hinaus haben wir mit dem Beachcamp in St. Peter-Ording eine Plattform geschaffen, die es Menschen mit ähnlich gelagerten Interessen wie den unseren (Verknüpfung von Digitalisierung mit Landliebe) ermöglicht, einmal im Jahr Gleichgesinnte zu treffen und sich gegenseitig intensiv zu inspirieren.

Was sind für Sie als Beratungsunternehmen standortabhängige Bedingungen für Ihren Erfolg?

- schnelles Internet
- Unterstützung durch Institutionen wie Wirtschaftsförderung, Staatskanzlei und Interessenvertreter (z. B. Digitale Wirtschaft Schleswig-Holstein [DiWiSH])
- räumliche Möglichkeit, um Seminare, Konferenzen und Netzwerkveranstaltungen zu organisieren (z. B. Campus Nordsee in St. Peter-Ording oder die Tagungshotels)

Welches sind aus Ihrer Sicht generell wichtige Faktoren/Rahmenbedingungen, um Fachkräfte, Selbständige und Unternehmensgründer/-innen auch tatsächlich zum Umzug in ländliche Regionen zu bewegen bzw. wo tun sich ggf. Hindernisse auf?

Eine gute Infrastruktur ist wichtig. Wir wären vermutlich nicht in eine Gegend ohne (kleines) Kino, Schwimmbad und eine gute Nahversorgung gezogen.

Auch das Breitbandnetz ist nicht zu unterschätzen. Aus einer Umfrage des hiesigen Unternehmerverbandes ist mir bekannt, dass viele größere Unternehmen eine gute flächendeckende Versorgung als nicht mehr so wichtig erachten, da sie sich mittlerweile eigene Leitungen mit Glasfaser legen lassen. Für Arbeitnehmer/-innen ist das allerdings ein Problem, weil sie natürlich, wenn sie neu bei einem/-r Arbeitgeber/-in auf dem Land anfangen, auch darauf schauen, ob es in der Gegend weitere attraktive Arbeitgeber/-innen gibt. Besteht allerdings keine flächendeckende Breitbandversorgung, ist das vor allem für Gründer/-innen ein Hindernis.

Bei uns selbst reicht im Augenblick die Verkabelung über Kupfer gerade noch so aus. Allerdings ist davon auszugehen, dass die steigenden Datenvolumen durch private Nutzung (z. B. Netflix, Amazon Prime) dazu führen werden, dass wir in Stoßzeiten Probleme haben werden.

Eine weitere Sorge vieler hochqualifizierter und akademisch gebildeter Menschen ist, dass sie auf dem Land kein entsprechendes Netzwerk von Gleichgesinnten aufbauen können. Hier wären Coworking-Spaces eine gute Möglichkeit, um Treffpunkte zu schaffen. Diese rentieren sich jedoch privatwirtschaftlich im Augenblick noch nicht.

Was können ländliche Regionen tun, um die Hürden für Zuzugsinteressierte möglichst zu senken?

Staatliche Förderung von Privat-Initiativen engagierter Landpioniere. Das kann in Form von Sponsorings für Veranstaltungen wie Barcamps oder Coworking-Initiativen geschehen. Das Land Schleswig-Holstein ist bezüglich Barcamps sehr aufgeschlossen. Eine tolle Initiative ist auch das Mitmachfestival Silicon Vilstal in Bayern.

Letztendlich ist es aber sehr kritisch, dass die örtlichen Verantwortlichen wie z. B. Bürgermeister/-innen und Ortsvorsteher/-innen nicht wissen, was ihren Ort für Menschen aus der Stadt interessant machen könnte. Das Potenzial wird nicht gesehen. In der Regel beschränkt sich die örtliche Politik auf die Bereitstellung günstiger Baugrundstücke. Die Zugezogenen bleiben aber in der Regel Fremde und unter sich. Eben weil neuartige Vernetzungsveranstaltungen fehlen.

Wir haben in St. Peter-Ording folgende Impulse selbst gesetzt:

Mit öffentlicher finanzieller Unterstützung durch Wirtschaftsförderung und Staatskanzlei:

- Beachcamp St. Peter-Ording
- Machine Learning Camp St. Peter-Ording

Rein privat organisiert:

- Vortragsreihe „Abends in der Manufaktur“ (unterhaltsame Vorträge zu aktuellen Trendthemen in der Wirtschaft mit Gelegenheit zum anschließenden Networking)
- Trainingsangebot Design Thinking in örtlichen Veranstaltungsräumen

Überregional organisieren wir in 4–6-wöchigem Rhythmus die „DiWiSH Fachgruppe Design Thinking“ mit Unterstützung der DiWiSH. Die Veranstaltung findet an wechselnden Orten innerhalb Schleswig-Holsteins statt und umfasst einen Interessentenkreis von ca. 50 Teilnehmer/-innen. ■

Nordseeferienhöfe
HOF KATTHUSEN | HOF LAFRENZ

Ute Mushardt

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen zunächst kurz vor.

Auf unseren Ferienbauernhöfen „Katthusen“ (Nordseebad Otterndorf) und „Lafrenz“ (Nordseeheilbad Cuxhaven-Altenbruch) bieten wir unseren übernachtenden Gästen wie auch Tagestouristen Landwirtschaft zum Anfassen und ein vielfältiges Veranstaltungsangebot. Insgesamt verfügen wir über sechs Ferienwohnungen sowie drei mobile Ferienhäuser. Seit 1994, als wir den Betriebszweig Landtourismus gründeten, konnten wir so den Ferienbetrieb von 12 auf jetzt 40 Betten erweitern. Von April bis Oktober besuchen außerdem ca. 3 500 Tagesgäste (u. a. Schulklassen und Kindergärten) unsere Höfe. Unsere Gäste laden wir ein, an unserem bäuerlichen Leben auf unseren aktiv bewirtschafteten Höfen (Ackerbau und Mutterkuhherde) teilzuhaben.

Mit dem Einkommenszweig Tourismus erwirtschaften wir einen jährlichen Umsatz von etwa 150 000 € und tragen mit ca. 320 000 € (6 400 Übernachtungen x ca. 50 € Ausgaben pro Kopf) zur regionalen Wertschöpfung bei. Darüber hinaus bieten wir Arbeitsplätze für drei Festangestellte, acht geringfügig Beschäftigte und drei kurzfristig Beschäftigte.

Seit 2017 sind wir Partner des Nationalparks Wattenmeer. Mit unseren Kühen und der Grünlandbewirtschaftung leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des UNESCO-Weltnaturerbes und bieten in Kooperation mit Nationalparkführer/-innen Veranstaltungen an, bei denen unsere Gäste viel über das Wattenmeer lernen können.

Was sind Ihrer Einschätzung nach in der Vergangenheit wichtige Faktoren oder Bedingungen für den Erfolg Ihres Unternehmens gewesen?

Auf unserem landwirtschaftlichen Betrieb waren leerstehende Zimmer sowie freie Arbeitskapazitäten vorhanden. Die Ausbildungen zur Hotelkauffrau und zur Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft boten eine wichtige Grundlage für den Aufbau eines touristischen Betriebszweiges/Ferienbauernhofes. Zusatzqualifikationen, u. a. zur Bauernhofpädagogin oder zur Voltigierwartin (FN), haben uns geholfen, unser touristisches Angebot auszuweiten und vielfältiger zu gestalten. Die Beratung durch die Landwirtschaftskammer sowie die Unterstützung durch Marketingorganisationen wie die „AG Urlaub und Freizeit auf dem Lande“ und die Tourismus-Zentrale gehören ebenfalls zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren. Durch Onlinebuchbarkeit und hohe digitale Sichtbarkeit kommen auch im Winter Urlaubsgäste zu uns auf die Höfe, aber auch Wirtschaftsunternehmen nutzen diese Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Mitarbeiter.

Welche Rolle spielen dabei Ihr Standort und sein Umfeld? Worin sehen Sie Vorteile, worin Nachteile?

Von Vorteil sind die unmittelbare Nähe zum Nordseebad Otterndorf, die gute Verkehrsanbindung (nächste Bahnstation in 1 km Entfernung, 10 km bis zur Autobahn) und die Tatsache, dass Cuxhaven und Otterndorf jeweils ein eigenes Stadtmarketing besitzen. Außerdem gab es Mitte der 1990er Jahre in unserer ländlichen Region noch viele Arbeitssuchende.

Nachteilig ist jedoch das eingeschränkte Einzugsgebiet, da wir auf zwei Seiten von Wasser umgeben sind. Hinzu kommen die fehlende Fährverbindung über die Elbe nach Schleswig-Holstein, der schlecht ausgebaute ÖPNV im Hinterland und die relativ große Entfernung bis zur nächsten Großstadt (Bremerhaven 48 km, Hamburg 130 km).

Welche standortbedingten Hemmnisse gab oder gibt es für Ihr Unternehmen? Haben Sie sie aus eigener Kraft, in Kooperation mit anderen oder mit Unterstützung (z. B. Beratung, Förderung etc.) bewältigen können und wie?

Aufgrund der Einzelhoflage fallen wir unter § 35 des Baugesetzbuches (Bauen im Außenbereich). Daraus ergibt sich eine Einschränkung auf drei Wohneinheiten – was vom Landkreis Cuxhaven auch sehr restriktiv gehandhabt wird. Eine Erweiterung wäre nur durch Erstellung eines Bebauungsplanes möglich, was sehr kostspielig wäre, oder durch Beherbergungs-Alternativen. Diesen Weg haben wir beschritten und verfügen am Hof Katthusen über drei mobile Ferienhäuser.

Eine fehlende Spezialisierung für den Bereich Agrotourismus innerhalb der relevanten Ausbildungsgänge konnte nach und nach über Lehrgänge bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ausgeglichen werden.

Verbandliche Unterstützung bei den für uns relevanten Themen erhalten wir durch die Bundesarbeitsgemeinschaft für Bauernhofurlaub und Landtourismus in Deutschland e.V., die seit 2003 fortlaufend entsprechende Leitanträge an die Bundespolitik richtet. Fehlendes Zielgruppenmarketing vor Ort konnte durch den Landesverband AG Urlaub und Freizeit auf dem Lande aufgefangen werden. Durch Verbändekooperation ist mit dem Internetportal „Landsichten“ vor einigen Jahren eine bundesweite Vermarktungsplattform entstanden, die maßgeblichen Anteil an der besseren Vermarktung unseres Angebotes hat.

Weitere Kooperationen – mit dem Nationalpark Wattenmeer, Tourismusorganisationen vor Ort, Kirche im Tourismus (eigene Andachtsformate) sowie Künstlern und Kulturanbietern – erhöhen unsere Auslastung.

Finden Sie ausreichend Fachkräfte? Falls nicht, würden Sie sagen, dass es dafür u. a. auch standortbedingte Gründe gibt? Welche wären das?

Tatsächlich haben auch wir Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte zu finden, da der demografische Wandel im ländlichen Raum besonders stark ist. Ein weiterer Grund liegt darin, dass es innerhalb der hauswirtschaftlichen Ausbildung bislang keinen Ausbildungszweig speziell für den Bereich Agrotourismus gibt.

Hof Katthusen bei Otterndorf

Was werden in Zukunft wichtige Faktoren sein, bzw. worin sehen Sie in den nächsten 10–15 Jahren evtl. (standortbedingte) Gefahren für den weiteren Erfolg Ihres Unternehmens?

Damit wir auch in Zukunft erfolgreich Urlaub auf dem Bauernhof anbieten können, benötigen wir eine angemessene Infrastruktur. Dazu gehören Wegebau (multifunktionale Wirtschaftswege und Straßen, die verschiedene Nutzergruppen berücksichtigen), der Breitbandausbau (oder alternative Lösungen wie z. B. Sendemasten) und ein adäquates ÖPNV-Angebot auch im Hinterland sowie eine Vernetzung der Angebote. Darüber hinaus dürfte der Arbeitskräftemangel uns zunehmend Probleme bereiten.

In welchen Bereichen würden Sie sich (zusätzliche) Unterstützung wünschen? Durch wen?

Wir wünschen uns einen Abbau der Bürokratie und eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Neben ausreichenden Beratungsangeboten und Anpassungen im Bereich der beruflichen Qualifizierung wäre außerdem, wie gesagt, der Erhalt und Ausbau von öffentlicher Infrastruktur wichtig. ■

Land statt Stadt:

Den HEIMVORTEIL nutzen

Sandra Schmitt

Gegen den Trend der Abwanderung arbeitet der Hochsauerlandkreis mit dem Projekt HEIMVORTEIL HSK daran, junge Sauerländer/-innen zurück in die Region zu holen. Wie in dem über das Modellvorhaben Land(auf)Schwung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft geförderten Projekt vorgegangen wird, erläutert Projektleiterin Sandra Schmitt, Wirtschaftsförderung des Hochsauerlandkreises.

Wie ist das Projekt HEIMVORTEIL HSK zustande gekommen?

Im Hochsauerlandkreis verlässt jede/-r dritte Sauerländer/-in zwischen 17 und 25 Jahren die Region. Gleichzeitig ist der Hochsauerlandkreis Teil von Südwestfalen, der drittstärksten Industrieregion Deutschlands mit über 150 Weltmarktführern. In der sehr ländlichen Region können Stellen oft nur schwer besetzt werden. Genau hier wollten wir einen Ansatz schaffen, die abgewanderte Zielgruppe an die Region zu binden. Alles begann mit der Idee, ein Netzwerk für „Exiler“ zu schaffen, um mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Wir haben uns bewusst für Exil-Sauerländer/-innen als Zielgruppe für die Fachkräftesicherung entschieden, da diese Zielgruppe die Vorzüge dieser ländlichen Region kennt und wir somit in der Kommunikation den Schwerpunkt auf die beruflichen Möglichkeiten legen konnten.

Welche Zielgruppe sprechen Sie an?

Die Hauptaufgabe ist es, abgewanderte Sauerländer/-innen für eine Rückkehr zu begeistern. Dabei beginnen wir bereits bei den zukünftigen Exil-Sauerländer/-innen und sprechen darüber hinaus ganz gezielt das Umfeld der Exil-Sauerländer/-innen an, welches noch im Sauerland wohnt.

Mit welchen Maßnahmen versuchen Sie, Ihre Ziele zu erreichen?

Die Maßnahmen greifen bereits vor dem Weggang in die Großstadt: Alle Abiturient/-innen und Fachabiturient/-innen erhalten zum Schulabschluss eine HEIMVORTEIL2Go-Box, die Produkte von heimischen Unternehmen beinhaltet. Produkte wie eine Handysocke von FALKE, eine Veltins-Bierdose, Nüsse von Ültje (FELIX) oder eine „I love HSK“-Tasse von REMBE sollen das Leben in der „großen weiten Welt“ ein bisschen versüßen, aber auch an die Heimat und die dort ansässigen Unternehmen erinnern. Frei nach dem Motto „Geht in die weite Welt, aber vergesst nicht das Zurückkommen“ soll eine Bindung an die Heimat und an die Medienpräsenz von HEIMVORTEIL HSK geschaffen werden.

Um den in der Heimat verbliebenen Freundeskreis, die Familien und Bekannten von Exil-Sauerländer/-innen zu erreichen, wirbt das Projekt regelmäßig in der lokalen Presse und in diversen Medien für die Vorteile der Region. Die Idee ist, dass das Umfeld den Exil-Sauerländer/-innen die Vorteile der Region wie z. B. die vielfältigen Karrieremöglichkeiten mitteilt. Im Grunde machen wir uns hier das Empfehlungsmarketing zunutze, welches eine hohe Interaktionsrate aufweist. Viele Rückkehrwillige erzählen mir, dass sie von ihren Freund/-innen und Eltern oft Presseartikel über den Service von HEIMVORTEIL zugesendet bekommen. Ein netter Wink mit dem Zaunpfahl.

Was ist in der Kommunikation besonders wichtig?

Wir bedienen uns sehr stark der sozialen Medien und der Onlinepräsenz durch Onlinewerbung und unsere Homepage, um mit den Exil-Sauerländer/-innen in Kontakt zu bleiben. Während ihres Heimataufenthaltes, insbesondere in der Schützenfestsaison und zu Weihnachten, werden sie aktiv angesprochen. Dadurch vermitteln wir das Gefühl von Zugehörigkeit und von Heimat. Wir probieren vieles aus und fordern aktiv die Interaktion ein.

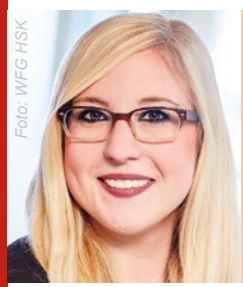


Foto: WFG HSK

Sandra Schmitt

Projektleitung HEIMVORTEIL HSK,
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hochsauerlandkreis mbH

Tel. (0291) 94 15 10
sandra.schmitt@hochsauerlandkreis.de
www.HEIMVORTEIL-hsk.de

Wie helfen Sie Rückkehrwilligen konkret?

Neben dem Baustein der Kommunikation sind wir auch Ansprechpartner und Kümmerer. Wir geben einen ersten Überblick und konkrete Hilfestellungen, wie das Projekt des Zurückkommens angegangen werden kann. Ein echter Mehrwert ist unsere Vernetzung mit Unternehmen: Wir zeigen den „Exilern“ berufliche Perspektive und Karrieremöglichkeiten und versenden parallel kurze Steckbriefe von ihnen an lokale Unternehmer/-innen. Darüber hinaus unterstützen wir dabei, eine Immobilie oder einen Kita-Platz zu finden, indem wir das passende Netzwerk zur Verfügung stellen. Beim Ankommen selbst leben wir eine echte Willkommenskultur: Monatliche Sauerlanden-Stammtische, eine Whatsapp-Gruppe zum Verabreden und eine Facebook-Gruppe zum allgemeinen Austausch werden von uns betrieben.

Sie sind selbst eine Rückkehrerin. Was hat Sie bewogen zurückzukommen?

Nach gut achteinhalb Jahren Düsseldorf wollte ich schlicht und ergreifend wieder ein Teil meiner Familie sein. Darüber hinaus hat mich die Großstadt nur noch genervt. Ich fand durch die Dauerbespielung durch Lärm, Menschen und Gewusel keine Erholung mehr.

Gibt es bereits erste Erfolge?

Häufig werden wir gefragt, wie viele Sauerländer/-innen wir bereits zurückgeholt haben. Diese Frage lässt sich nicht so leicht beantworten. Was wir jedoch nennen können, ist die Anzahl von potenziellen Rückkehrer/-innen, die sich nach Hilfe bei der Rückkehr erkundigt haben. Hier sind wir bei knapp 100 konkreten

Foto: Stadtmarketing Meschede

Heimvorteil2Go-Box

Anfragen und über 45 versendeten Steckbriefen zur Vernetzung zwischen Unternehmen und Exil-Sauerländer/-innen. Auch die Follower-Zahlen und die Interaktion auf Facebook, Instagram und XING zeigen ein hohes Interesse und einen hohen Informationsbedarf in der Zielgruppe.

Nach gut zweieinhalb Jahren haben wir einen hohen Bekanntheitsgrad innerhalb des Kreises. Nicht zuletzt sind auch die erreichten Werbekontakte von über 3 Millionen pro Jahr ein nennenswerter Erfolg, sowie die vorzeitige Verlängerung der Förderung des Projektes bis Ende 2019. ■

Foto: WFG HSK

Stammtisch Neheim

LAND AUF SCHWUNG

Unser starker Standort Südwestfalen ALLES ECHT!

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Unter dem Hashtag #meinheimvorteil und #sauerlanden können Exil-Sauerländer/-innen und Rückkehrer/-innen schnell alle Infos über HEIMVORTEIL HSK aufrufen. Weiterführende Informationen auf www.HEIMVORTEIL-hsk.de, Facebook und Instagram (#meinheimvorteil).

Die ASG gratuliert …

… **Julia Klöckner** (CDU) zur Ernennung als Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL),

… **Hans-Joachim Fuchtel** (CDU) zur Ernennung als Parl. StS im BMEL,

… **Michael Stübgen** (CDU) zur Ernennung als Parl. StS im BMEL,

… **Dr. Hermann Onko Aeikens** (CDU) zur Bestätigung als Beamteter StS im BMEL,

… **Albert Stegemann** zur Wahl als Agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

… **Johannes Röring** (CDU) zur Wahl als Obmann des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages,

… **Rainer Spiering** zur Wahl als Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion,

… **Dirk Wiese** zur Wahl als stellv. Agrarpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Koordinator für ländliche Räume,

… **Gero Hocker** zur Wahl als Agrarpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion,

… **Carina Konrad** (FDP) zur Wahl als Obfrau des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages,

… **Dr. Kirsten Tackmann** zur Wiederwahl als Agrarpolitische Sprecherin von Die Linke,

… **Friedrich Ostendorff** zur Wiederwahl als Agrarpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen,

… **Markus Tressel** zur Wahl als Sprecher für Tourismuspolitik und ländliche Räume von Bündnis 90/Die Grünen,

… **Michaela Kaniber** (CSU) zur Ernennung als Bayerische Staatsministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten,

… **Hubertus Paetow**, Landwirt, Finckenthal-Schlutow (Mecklenburg-Vorpommern), zur Wahl als DLG-Präsident,

… **Albert Schulte to Brinke**, Milchbauer, Bad Iburg, zur Wahl als Präsident des Niedersächsischen Landvolks,

… **Alexander Bonde**, ehemaliger Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und zuletzt Senior Advisor bei DWR eco, einer Agentur für strategische Kommunikation, politische Positionierung und Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern im Umweltbereich, zur Berufung als Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU).

Die ASG wünscht allen ein gutes Gelingen bei ihren neuen Aufgaben und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Lesetipps

Biologische Vielfalt für Ernährung, Landwirtschaft, Forst und Fischerei

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.). Berlin, Dezember 2017, 24 S. Kostenlose Bestellung und Download unter www.bmel.de/publikationen

Die Vielfalt der Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen ist die Basis für die Produktivität der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Um Landwirtschaft und biologische Vielfalt zu stärken, sollen Modell- und Demonstrationsvorhaben die Entwicklung und Verbreitung innovativer Ansätze und Konzepte voranbringen. In der Broschüre werden einige der bisher insgesamt über 100 geförderten Modellvorhaben der letzten Jahre vorgestellt. Sie sollen einen Eindruck davon vermitteln, auf welch unterschiedlichen Wegen der Erhalt der biologischen Vielfalt möglich ist. ba

Der landwirtschaftliche Familienbetrieb

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern

Maike Aselmeier, Rolf Brauch, Thomas Dietrich, Eva-Maria Schüle. Ulmer-Verlag, Stuttgart 2017, 176 S., ISBN 978-3-8186-0069-3, 24,90 €.

Familie und Betrieb sind zwei unterschiedliche Systeme innerhalb des landwirtschaftlichen Familienbetriebs, in denen dieselbe Person zwei Rollen gleichzeitig ausfüllt, als Familienmitglied und als Betriebsangehörige/-r. Die Autor/-innen stellen die beiden Systeme anschaulich dar und benennen die hieraus erwachsenden Konflikte. Die erfahrenen Familienberater/-innen helfen dabei, die eigene Familie und den Betrieb einzuschätzen und zeigen neue Blickrichtungen und Wege auf, die es ermöglichen, entscheidende Veränderungen anzustoßen. Das Buch macht deutlich, wie wichtig es ist, Wahrnehmung und Kommunikation zu trainieren und zu den eigenen Wünschen, Bedürfnissen und Gefühlen zu stehen. ba

Neuland gewinnen

Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten

Siri Frech, Babette Scurrell, Andreas Willisch (Hrsg.). Christoph Links Verlag, Berlin 2017, 272 S., ISBN 978-3-86153-949-0, 25,00 €.

Das schön ausgestattete Buch – Fotos, Projekt-Steckbriefe, Interviews, persönliche Erfahrungen mit den Projekten und Lebensgeschichten wechseln einander ab – beschreibt 24 Projekte aus der Sicht der „Neulandgewinner", die im Rahmen des Programms „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort", der Robert Bosch Stiftung unterstützt werden. Vom Wächterhausmodell in der Dübener Heide, bei dem leerstehende Gebäude oder brachfallende Gärten günstig und ohne Kaufzwang überlassen werden, über offene Werkstätten und ehemalige Bahnhöfe, die zu sozialen Zentren umgewandelt werden, reicht die Palette der beschriebenen Projekte. Ergänzende Beiträge, die aus verschiedenen Blickwinkeln (Soziologie, Raumplanung, Finanzwesen und Journalismus) einen Blick auf die Neulandgewinner-Bewegung werfen runden das Buch ab. ba

Transformationsräume: Lokale Initiativen des sozial-ökologischen Wandels

Markus Keck, Heiko Faust, Michael Fink, Max Gaedke, Tobias Reeh (Hrsg.). ZELTForum – Göttinger Schriften zu Landschaftsinterpretation und Tourismus, Bd. 9, Universitätsverlag Göttingen 2017, 288 S., ISBN 978-3-86395-343-0, 32,00 €. Kostenlos abrufbar unter www.univerlag.uni-goettingen.de

In dem Sammelband wird kurz die gegenwärtige wissenschaftliche Debatte um nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsformen dargestellt und die aktuelle deutsche Politik in den Kontext der möglichen Nachhaltigkeitsstrategien gesetzt: Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzstrategie. Die Herausgeber betonen jedoch, dass eine ideologisch geführte Debatte in lokalem Zusammenhang nur bedingt zielführend ist. Ob im Rahmen eines konkreten Projektes Ressourcen eingespart, Abfälle wiederverwertet oder die eigenen Konsumgewohnheiten umgestellt würden, alles trage zu einer nachhaltigeren Zukunft bei. In elf wissenschaftlichen Arbeiten werden lokale Initiativen, die den sozial-ökologischen Wandel verwirklichen wollen – vom Dorf Heckenbeck als Transformationsraum bis zu urbanen Nahrungsmittelnetzwerken – untersucht. ba

Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.). Berlin, Februar 2018, 76 S., ISBN 978-3-946332-96-1

Während die meisten Gemeinden im Süden von Hessen wachsen, schwindet die Bevölkerung abseits der Städte im Norden bereits seit einigen Jahren teilweise rapide. Das gemeinsame Programm „Land mit Zukunft – Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft in Hessen“ der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und der Herbert Quandt-Stiftung möchte das Wissen der Bürgerinnen und Bürger nutzen, um die Probleme und Bedürfnisse vor Ort zu analysieren und kreative Lösungsansätze für das Gemeinwesen zu entwickeln. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung begleitete Diskussionsprozesse und sich entwickelnde Lösungsansätze sowie hieraus entstehende Projekte in sechs nordhessischen Gemeinden und dokumentierte die Ergebnisse (Befunde, Handlungsempfehlungen und modellhafte Beispiele) in der vorliegenden Broschüre.

Abrufbar unter www.berlin-institut.org/publikationen

Arbeitsmarkt, Ausbildung, Migration: Perspektiven für die Landwirtschaft

Schriftenreihe der Rentenbank, Band 33, Frankfurt/Main 2017, 160 S., ISSN 1868-5854

Der von der Edmund Rehwinkel-Stiftung der Rentenbank herausgegebene Band enthält eine Zusammenstellung fünf wissenschaftlicher Arbeiten zum landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Z. B. beschreibt Prof. Dr. Markus Beinert die fachlichen, methodischen und persönlich-sozialen Anforderungen an landwirtschaftliche Arbeitskräfte vor dem Hintergrund der zunehmenden Technisierung und Digitalisierung in der Landwirtschaft und Brigitte Braun-Michels et al. untersuchen die Voraussetzungen und Potenziale sowie den Handlungsbedarf bezüglich der Beschäftigung von Flüchtlingen in der Landwirtschaft. Die zukünftigen Herausforderungen der deutschen Landwirtschaft vor dem Hintergrund der aktuellen Alters- und Ausbildungsstruktur landwirtschaftlicher Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter werden durch Dr. Carsten Holst und Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel dargestellt.

Abrufbar und kostenlos zu bestellen unter www.rentenbank.de/ueber-uns/publikationen/schriftenreihe

Erprobung und Evaluierung eines neuen Verfahrens für die Bewertung und finanzielle Honorierung der Biodiversitäts-, Klima- und Wasserschutzleistungen landwirtschaftlicher Betriebe („Gemeinwohlprämie“)

Helge Neumann, Uwe Dierking, Friedhelm Taube, Berichte über Landwirtschaft, Band 95, Heft 3, Dezember 2017. Hrsg.: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 37 S., ISSN: 2196-5099

Das in Ländlicher Raum 04/2017, S. 44f. vorgestellte Modell des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) zur zukünftigen Gestaltung der Direktzahlungen im Rahmen der GAP wurde im Jahr 2016 – nach dem Abschluss verschiedener Vorprojekte – anhand einer Stichprobe von 32 Praxisbetrieben in Schleswig-Holstein überprüft. Die Ergebnisse zeigen, dass das Bewertungsverfahren mit Punkten für flächenbezogene Umweltleistungen (Biodiversität, Klima- und Wasserschutz) hinsichtlich der Datenverfügbarkeit und des Zeitaufwands praktikabel ist. Analysen zu möglichen Auswirkungen auf die Flächenzahlungen der Projektbetriebe ergaben, dass das Konzept der Gemeinwohlprämie eine Umsetzung des Prinzips „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ darstellt. Im Vergleich zu den aktuellen Betriebszahlungen werden die beabsichtigten Wirkungen umso mehr erreicht, je höher die einzelbetrieblich erzielten Punkte honoriert werden.

Abrufbar unter http://buel.bmel.de

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander M. A.
Dagmar Babel M. Sc.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors / der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar. Abonnenten/Abonentinnen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe erhalten.

Preise
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Student/-innen 36,- €) enthalten.

Konto
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

ASG | Agrarsoziale Gesellschaft e.V.